

INTEGRIERTER FINANZ- UND AUFGABENPLAN 2003 - 2007

Der Regierungsrat des Kantons Luzern an den Grossen Rat

Sehr geehrte Frau Präsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen den Integrierten Finanz- und Aufgabenplan 2003 - 2007 mit folgendem Bericht:

INHALTSVERZEICHNIS

I. Funktion und Bedeutung des IFAP	1
II. Planungsgrundlagen	3
III. Chancen und Risiken	6
IV. Übersicht über die Ergebnisse	8
V. Finanzpolitische Beurteilung	13
VI. Aufgaben und Finanzen	17
0. Allgemeine Verwaltung	18
1. Öffentliche Sicherheit	23
2. Bildung	27
3. Kultur und Freizeit	32
4. Gesundheit	35
5. Soziale Wohlfahrt	40
6. Verkehr	44
7. Umwelt und Raumordnung	48
8. Volkswirtschaft	51
9. Finanzen und Steuern	55
VII. Strassenwesen	58
VIII. Investitionen kantonale Hochbauten	59
Grossratsbeschluss	60

I. Funktion und Bedeutung des IFAP

1. Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan IFAP ist ein neues Instrument für die mittelfristige Planung. Er ist vorab eine Auslegeordnung. Er zeigt zusammenfassend die finanziellen Auswirkungen der bereits beschlossenen Projekte und orientiert über zusätzlich geplante Vorhaben und deren mutmasslichen Kosten. Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan dient der Regierung und dem Grossen Rat dazu, Prioritäten zu setzen und die im Regierungsprogramm und im Finanzleitbild formulierten übergeordneten Ziele zu erreichen.

2. Wir zeigen im Integrierten Finanz- und Aufgabenplan die voraussichtliche Entwicklung der zehn staatlichen Hauptaufgaben. Zu jeder Hauptaufgabe finden Sie einen Berichtsteil und einen Zahlenteil. Im Berichtsteil nennen wir die grösseren Vorhaben einzeln. Wir haben unterschieden zwischen Vorhaben, welche die Regierung oder der Grosse Rat bereits beschlossen haben, und solchen, die in den Departementen geplant werden.

Über die von den Departementen geplanten Vorhaben haben wir noch keine politische Diskussion geführt. Wir führen diese Vorhaben im Text dennoch auf. Dies gibt einen besseren Überblick und erlaubt der Regierung und dem Grossen Rat, rechtzeitig Schwerpunkte zu setzen.

Im Zahlenteil sind nur die beschlossenen Vorhaben eingerechnet. Nur diese beeinflussen das ausgewiesene Ergebnis. Die im Text erwähnten Zahlen zu den geplanten Vorhaben dienen der zusätzlichen Information.

3. Die Rahmenbedingungen können schon von einem Voranschlagsjahr zum nächsten erheblich ändern. Dies gilt für die volkswirtschaftlichen Annahmen, welche wir getroffen haben, wie auch für die Auswirkungen der Bundespolitik. Auch die politische Meinung der Entscheidungsträger kann ändern. Im Weiteren beruhen die Kosten sämtlicher Projekte und Investitionen auf Schätzungen. Je weiter der Planungshorizont, desto mehr handelt es sich bei den Planzahlen um blosse Leitplanken. Die Abweichungen können positiv oder negativ sein und zweistellige Millionenbeträge ausmachen. Die Ergebnisse des Integrierten Finanz- und Aufgabenplans sind vor diesem Hintergrund zu sehen.

4. Sie können den Integrierten Finanz- und Aufgabenplan genehmigen, nicht genehmigen oder teilweise genehmigen. Sie können auch Bemerkungen beschliessen oder zu einzelnen Vorhaben parlamentarische Vorstösse einreichen. Die Genehmigung stellt keine Bewilligung konkreter Pro-

jekte dar. Mit der Genehmigung geben Sie lediglich zum Ausdruck, dass Sie mit der allgemeinen Stossrichtung einverstanden sind. Für Vorhaben, welche in Ihren Zuständigkeitsbereich fallen, werden wir Ihnen wie bisher einen separaten Planungsbericht oder eine Botschaft unterbreiten.

5. Da das neue Instrument dieses Jahr zum ersten Mal erscheint, stellt der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan 2003 - 2007 in erster Linie eine Auslegeordnung dar. Auf der Basis dieser Auslegeordnung werden wir im Hinblick auf den Voranschlag 2004 und die Folgejahre eine Prioritätenordnung erlassen. Ferner werden wir die Erfahrungen aus dem ersten Jahr auswerten und das Instrument laufend weiterentwickeln.

II. Planungsgrundlagen

1. Allgemeine Parameter

Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan ist ein Instrument zur mittelfristigen Planung. Als Basis dient der Voranschlag, welcher in einem ersten Schritt linear hochgerechnet wird.

Aus der untenstehenden Tabelle geht hervor, mit welchen Zuwachsraten wir für die Jahre 2004 bis 2007 gerechnet, beziehungsweise welche Annahmen wir getroffen haben (R 2001: Ist-Werte im Vergleich zu Rechnung 2000. Übrige Jahre: Soll-Werte im Vergleich zum Vorjahr):

(in Prozent)

	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007
BIP real	1.3	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0
Teuerung	1.0	1.5	1.0	1.5	1.5	1.5	1.5
Sachaufwand	5.6	1.5	1.0	1.5	1.5	1.5	1.5
Personalaufwand	2.6	2.5	1	1.5	1.5	1.5	1.5
Beiträge an Dritte	6.6	2.5	1	1.5	1.5	1.5	1.5
Staatssteuern	7.6	5	3	3.5	3.5	3.5	3.5
Steuerfuss	1.9 E	1.85 E	1.7 E	1.7 E	1.7 E	1.7 E	1.7 E
Gebühren	1.7	1.5	1.0	1.5	1.5	1.5	1.5
Zinsen	4	4	4	4	4	4	4

Bemerkungen zu einzelnen Zuwachsraten:

a. Wirtschaftswachstum

Nach dem Rückgang der Konjunktur im Jahr 2001 hat sich die Schweizer Wirtschaft im laufenden Jahr nochmals abgeschwächt. Die für die zweite Hälfte des Jahres 2002 vorausgesagte Trendwende ist zurzeit nicht in Sicht. Vielmehr erreichen uns täglich neue Meldungen über die Krise an den Börsen. Wir rechnen dennoch mit einer Erholung der Konjunktur spätestens im Jahr 2003. Die Schätzung eines Realwachstums des Bruttoinlandprodukts (BIP real) von 2,0 Prozent basiert auf Prognosen verschiedener Konjunkturinstitute und Grossbanken und bezieht sich auf das gesamt-

schweizerische Wirtschaftswachstum. Das Wirtschaftswachstum des Kantons Luzern liegt jeweils leicht unter dem gesamtschweizerischen Wachstum.

b. Lohnzuwachs

Mit den Besoldungsanpassungen in den Jahren 2001 und 2002 haben wir die Rückstände bei der Kaufkraftsicherung aufgeholt. Für das Budgetjahr 2003 haben wir mit einem Lohnzuwachs von nominal 2 Prozent gerechnet. Damit können wir bei der zurzeit geringen Teuerung und der stagnierenden Wirtschaft mit der allgemeinen Entwicklung Schritt halten. Zusätzlich zu den Werten in der Tabelle haben wir für die Jahre 2002 und 2003 je 0,5 Prozent für gezielte Korrekturen in unserem Lohnsystem eingestellt. Für die Planjahre 2004 bis 2007 sehen wir einen Lohnzuwachs von nominal 2,5 Prozent vor. Damit gleichen wir die abnehmende Kaufkraft aus und passen die Lohnentwicklung dem zunehmenden Wirtschaftswachstum an. Die in der Tabelle aufgeführten Werte ergeben sich aus den nominalen Lohnzuwachsrate abzüglich des Mutationseffektes von 1 Prozent.

c. Zuwachs der Staatssteuererträge

Die Staatssteuererträge des Kantons Luzern bestehen zu rund 90 Prozent aus Einnahmen von natürlichen Personen. Massgebend für die Entwicklung der Steuererträge ist daher vor allem die allgemeine Lohnentwicklung. Basis für den Staatssteuerertrag eines bestimmten Jahres sind die Löhne des vorangehenden Jahres. Weil Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bei einer Zunahme ihres Einkommens in eine höhere Steuerkategorie kommen, multiplizieren wir die geschätzte Lohnentwicklung jeweils mit einem Progressionsfaktor von 1,25.

2. Individuelle Veränderungen

a. Steuern

Wir haben zufolge der geplanten Reform bei der Familienbesteuerung bei den direkten Bundessteuern Ertragsausfälle von 20 Millionen Franken pro Jahr ab 2005 und bei den Staatssteuern ebenfalls 20 Millionen Franken pro Jahr ab 2006 eingerechnet (vgl. aber Kapitel III.1).

Ferner haben wir im Jahr 2007 bei den Staatssteuern steuerliche Entlastungen von 50 Millionen Franken eingeplant. Dies aufgrund der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA), die voraussichtlich im Jahr 2007 in Kraft tritt.

b. Anteile an Bundeseinnahmen

Wir haben ab 2004 mit Mehreinnahmen von 12 Millionen Franken bei den Anteilen an den Bundeseinnahmen gerechnet. Dies deshalb, weil der Kanton Luzern im Gesamtindex zurückgefallen ist, was bei der Neuberechnung der Finanzkraft im Herbst 2003 zu einer Zurückstufung führen wird.

Im Weiteren rechnen wir mit einer Erhöhung des Kantonsanteils an der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) um rund 7 Millionen Franken ab 2005. Dies aufgrund der Einführung der vollen Schwerverkehrsabgabe in besagtem Jahr.

Für die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) haben wir im Jahr 2007 Mehreinnahmen von 70 Millionen Franken eingestellt.

c. Nicht lineare Änderungen

Verschiedene Aufgaben weisen Veränderungen auf, die sich nicht linear verhalten. Dies betrifft namentlich das Gesundheitswesen, welches eine überproportionale Kostenentwicklung aufweist. Hier haben wir individuelle Berechnungen vorgenommen. Auch in der Bildung haben wir die Zahlen angepasst. Dies aufgrund der steigenden Schülerzahlen und der strukturellen Veränderungen. Sodann haben wir im Integrierten Finanz- und Aufgabenplan die mutmasslichen Kosten von neuen Vorhaben, welche die Regierung oder der Grosse Rat beschlossenen haben, eingerechnet.

d. Wegfall von Aufwand und Ausgaben

Verschiedene Staatsbeiträge laufen in der Planperiode aus. Dies betrifft etwa den Sonderkredit zur Bewältigung der Auswirkungen des Orkans Lothar oder den Kredit zur Äufnung des kantonalen Agrarfonds. Auch der Staatsbeitrag an das Microcenter Zentralschweiz entfällt ab dem Jahr 2004. Im Weiteren finden verschiedene Projekte im Bildungswesen während der Planperiode ihren Abschluss, was zu einem Minderaufwand führen wird. Schliesslich ergibt sich ab 2004 ein Minderaufwand beim Grundbuchinspektorat und bei den Grundbuchämtern. Dies deshalb, weil Ende 2003 die Grundbucheinführung in den Gemeinden und die Einführung des EDV-Grundbuchs abgeschlossen sein werden.

III. Chancen und Risiken

1. Chancen

Je nach Ausgang der Volksabstimmung über die Verwendung der überschüssigen Goldreserven werden dem Kanton Luzern zusätzliche Einnahmen in Höhe von rund 10 Millionen Franken zufließen. Diese allfälligen Mehreinnahmen haben wir nicht eingerechnet. Sodann werden wir eine weitere Tranche von 10 Prozent unserer Aktien der Luzerner Kantonalbank verkaufen, sobald die Börse sich erholt hat. Den Buchgewinn von schätzungsweise 100 Millionen Franken werden wir für den Schuldenabbau verwenden. Wir haben diesen Betrag im IFAP 2003 - 2007 ebenfalls nicht eingerechnet. Bei der Reform der Familienbesteuerung will die zuständige Ständeratskommission (WAK) im Jahr 2008 die Individualbesteuerung einführen. Dieses Modell würde den Bund und die Kantone 500 Millionen Franken weniger kosten als das Teilsplitting. Die politischen Entscheidungen sind noch nicht gefallen.

2. Risiken

Aus heutiger Sicht bestehen die Risiken namentlich im Gesundheitswesen und bei den Steuern. Diese Faktoren sind auf kantonaler Ebene nicht oder nur beschränkt steuerbar.

Die Kosten im Gesundheitswesen sind in den letzten Jahren überproportional gestiegen. Eine Kehrtwende dieses Trends ist nicht in Sicht. Ferner sind die genauen Auswirkungen der Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) noch ungewiss. Wir haben den Sockelbeitrag für die Behandlung von privat- und halbprivatversicherten Patienten in öffentlichen Spitälern im IFAP 2003 - 2007 berücksichtigt. Möglich ist jedoch, dass die Kantone nach der Revision des KVG auch für Behandlungen in Privatkliniken aufkommen müssen. Ferner ist eine gesamtschweizerische Vereinheitlichung des Prämienverbilligungsanspruchs vorgesehen. Gemäss einem Vorschlag des Bundesrates sollen die Kantone für Familien mit Kindern und für die übrigen Versicherten je mindestens vier Einkommenskategorien vorsehen. Über die finanziellen Auswirkungen dieses Modells für den Kanton Luzern können zurzeit noch keine Aussagen gemacht werden. Schliesslich ist der Tarifentscheid des Bundesrates für das Jahr 2001 nach wie vor ausstehend. Für die Jahre 2002 und 2003 haben wir daher aufgrund eines provisorischen Tarifs budgetiert.

Die Auswirkungen der vom Bund geplanten Revision der Unternehmensbesteuerung und des Systemwechsels beim Eigenmietwert sind zurzeit noch ungewiss. Je nach Ausgestaltung kann die Neuregelung erhebliche Ertragsausfälle zur Folge haben. Da eine Bezifferung zurzeit noch nicht

möglich ist, haben wir diese Faktoren im IFAP 2003 - 2007 nicht berücksichtigt. Schliesslich stimmt das Volk voraussichtlich im November 2002 über die Volksinitiative "Weniger Steuern für Sie! ..." ab, deren Annahme massive Ertragseinbussen zur Folge hätte.

IV. Übersicht über die Ergebnisse

1. Gesamtergebnis

(in Mio. Franken)

	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007
Gesamtaufwand	2'249.0	2'328.0	2'556.0	2'646.3	2'692.0	2'704.5	2'737.6
Entwicklung Gesamtaufwand in Prozent	3.4	3.5	9.8	3.5	1.7	0.5	1.2
Entwicklung BIP nominal in Prozent	2.3	3.5	3.0	3.5	3.5	3.5	3.5
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-68.1	-0.7	0.6	-7.0	5.1	22.4	-3.3
Abschreibungen	153.9	186.6	157.4	163.0	172.9	183.7	184.5
Nettoinvestitionen	177.9	195.6	194.2	216.4	214.2	206.7	205.4
Finanzierungsüberschuss/-fehlbetrag	-44.1	8.3	37.4	46.4	46.4	45.5	17.5
Selbstfinanzierungsgrad in Prozent	129.4	95.4	80.2	78.2	77.9	77.5	91.0

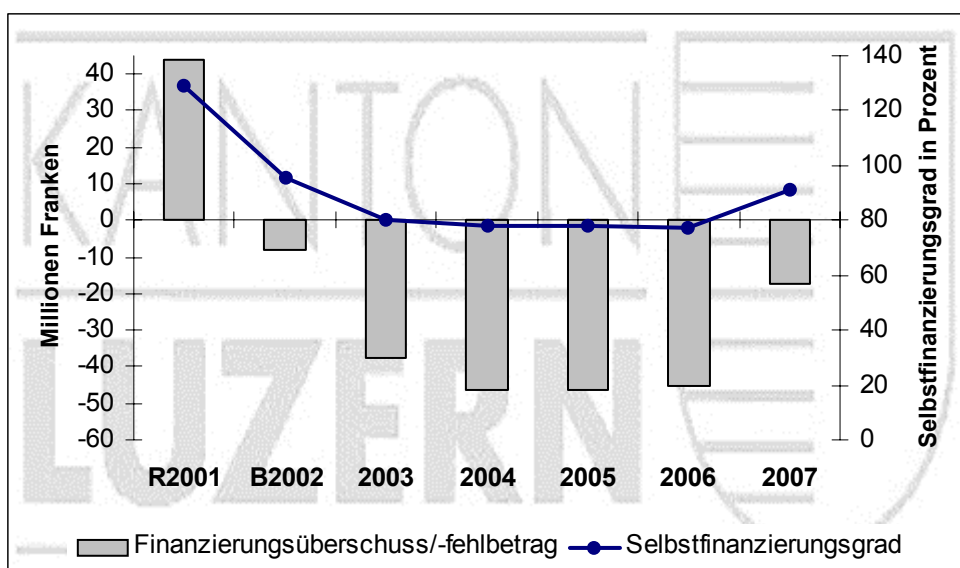
Während die Laufenden Rechnungen der Jahre 2004 und 2007 mit leichten Ertragsüberschüssen von 7 beziehungsweise 3 Millionen Franken abschliessen, weisen die Laufenden Rechnungen der Jahre 2005 und 2006 Aufwandüberschüsse von 5 beziehungsweise 22 Millionen Franken aus.

Der Zuwachs des Gesamtaufwands (dazu gehören: Aufwand Laufende Rechnung und Ausgaben Investitionsrechnung abzüglich Abschreibungen, interne Verrechnungen, Einlagen in Spezialfinanzierungen, durchlaufende Beiträge, Darlehen und Beteiligungen) entwickelt sich im Jahr 2004 linear zum geschätzten Wirtschaftswachstum (BIP nominal) von 3,5 Prozent. In den Jahren 2005 bis 2007 liegt der Zuwachs des Gesamtaufwands unter dem geschätzten Wirtschaftswachstum (BIP nominal) von 3,5 Prozent.

Die Nettoinvestitionen steigen im Jahr 2004 auf einen Höchststand von 216 Millionen Franken an, gehen in den Folgejahren jedoch wieder um rund 11 Millionen Franken zurück. Aus der Gesamtrechnung resultieren während der Planperiode Finanzierungsfehlbeträge von zwischen 17 und 46 Millionen Franken.

Die Ertragsüberschüsse der Jahre 2004 und 2007 haben wir zur Abschreibung der Bilanzfehlbeträge der Jahre 2003 bis 2007 verwendet. Per Ende 2007 resultiert ein Bilanzfehlbetrag von rund 17 Millionen Franken.

Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt in den Jahren 2004 bis 2007 zwischen 77,5 und 91 Prozent. Im Finanzleitbild haben wir uns einen Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent zum Ziel gesetzt. Gesetzlich vorgeschrieben ist ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 80 Prozent.



2. Nettoergebnis Laufende Rechnung nach funktionaler Gliederung

(in Mio. Franken)

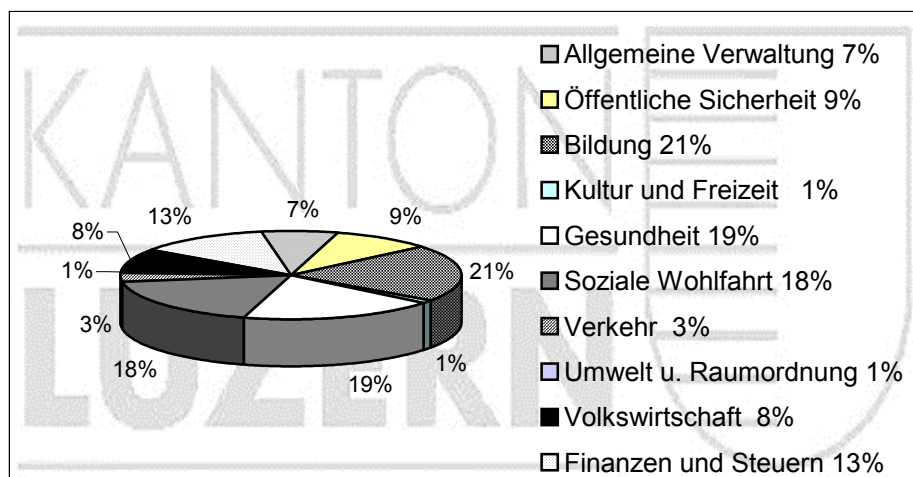
	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007
Total	-68.1	-0.8	0.6	-7.0	5.1	22.4	-3.3
Allgemeine Verwaltung	95.0	103.4	108.8	109.0	115.0	118.9	122.5
Öffentliche Sicherheit	146.6	154.5	154.5	157.4	161.1	164.4	166.9
Bildung	395.6	400.7	448.4	474.9	485.0	495.5	505.1
Kultur und Freizeit	20.5	23.8	23.6	25.5	25.9	27.3	28.1
Gesundheit	157.6	183.1	208.2	225.3	229.5	234.5	239.2
Soziale Wohlfahrt	128.2	142.8	85.2	87.1	88.5	89.9	91.3
Verkehr	-35.7	-37.1	-37.4	-39.0	-43.3	-44.2	-44.6
Umwelt und Raumordnung	16.4	16.0	15.8	16.0	16.1	16.3	16.6
Volkswirtschaft	20.3	21.2	27.0	26.5	26.3	26.7	27.0
Finanzen und Steuern	-1'012.7	-1'009.1	-1'033.6	-1'089.6	-1'099.0	-1'106.9	-1'155.4

3. Aufwand Laufende Rechnung

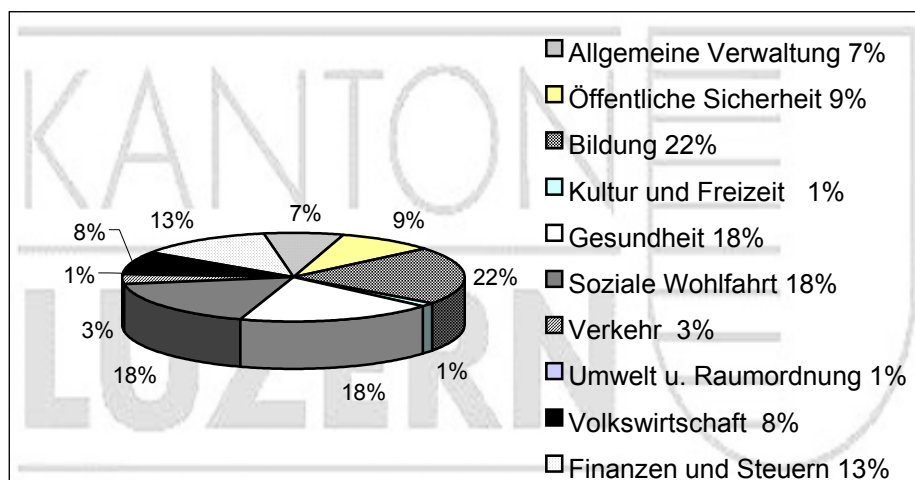
(in Mio. Franken)

	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007
Total Aufwand	2'699.5	2'762.8	2'957.2	3'033.8	3'100.7	3'156.9	3'201.7
Personalaufwand	785.3	816.0	895.2	906.2	917.7	929.2	942.3
Sachaufwand	270.7	271.5	312.8	333.9	342.5	353.7	362.4
Passivzinsen	84.2	87.1	80.3	81.8	83.3	85.1	87.8
Abschreibungen	257.9	202.3	174.3	179.9	189.8	200.5	201.4
Eigene Beiträge	796.7	824.8	951.0	979.1	1'008.3	1'027.3	1'045.3

Aufwand Laufende Rechnung 2003



Aufwand Laufende Rechnung 2007



4. Ertrag Laufende Rechnung

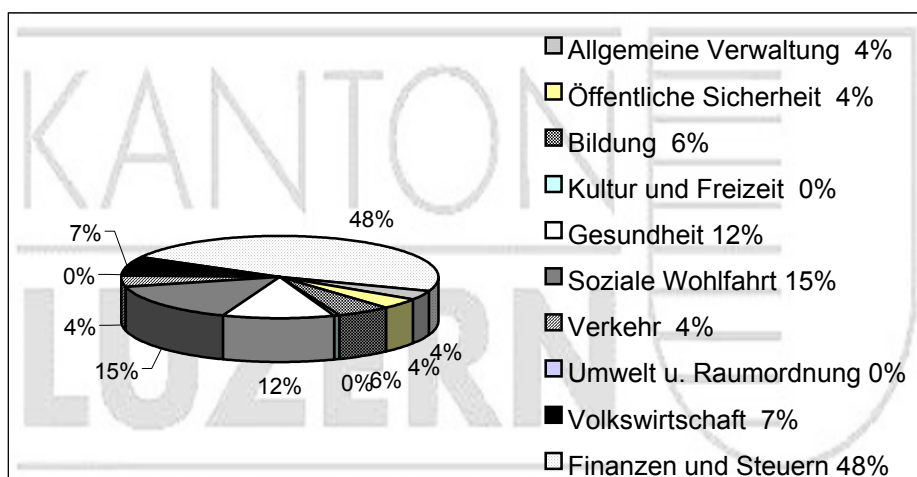
(in Mio. Franken)

	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007
Total Ertrag	2'767.6	2'763.5	2'956.6	3'040.8	3'095.7	3'134.5	3'205.0
Steuern	1'036.7	1'007.5	1'012.0	1'045.1	1'078.6	1'093.3	1'071.0
Entgelte ¹	463.2	463.2	492.0	493.5	500.1	507.1	514.6
Beiträge und Anteile ²	631.9	660.6	835.2	874.6	882.6	898.1	982.2
Übrige Erträge	73.8	82.8	85.1	86.6	87.7	87.7	87.8

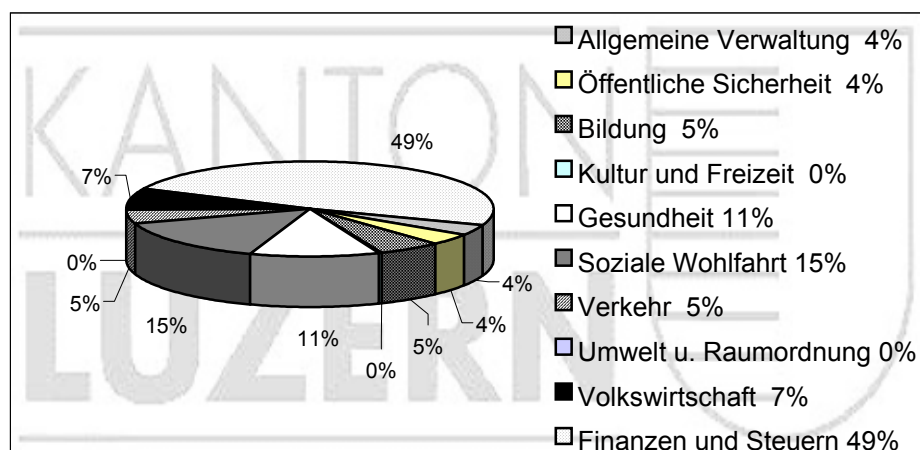
¹ Entgelte: Gebühren, Schulgelder und Spitaltaxen

² Beiträge und Anteile: Subventionen und Kantonsanteile an Bundeseinnahmen

Ertrag Laufende Rechnung 2003



Ertrag Laufende Rechnung 2007



V. Finanzpolitische Beurteilung

1. Allgemeine Finanzpolitik

Unsere finanzpolitischen Ziele sind die Senkung der Steuern und der Abbau der Schulden. Im Finanzleitbild haben wir diese Ziele konkretisiert:

- Schrittweise Senkung des Steuerniveaus auf das gesamtschweizerische Mittel mit Realisierung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA)
- Abbau der Schulden auf 750 Millionen Franken per Ende 2007.

Wir konnten die Schulden bereits beträchtlich reduzieren. Sie betragen per Ende 2001 noch 1'055 Millionen Franken. Wir rechnen damit, dass die Rechnung 2002 besser abschliessen wird als budgetiert. Den Finanzierungsüberschuss wollen wir wiederum für den Schuldenabbau verwenden.

Sobald die Börse sich erholt hat, werden wir nochmals eine Tranche von 10 Prozent unserer Aktien der Luzerner Kantonalbank verkaufen. Den möglichen Buchgewinn von schätzungsweise 100 Millionen Franken werden wir ebenfalls für den Schuldenabbau verwenden.

Aus den Rechnungen 2003 bis 2007 resultieren Finanzierungsfehlbeträge von insgesamt rund 193 Millionen Franken. Hinzu kommt der Bilanzfehlbetrag von rund 17 Millionen Franken per Ende 2007. Unter Berücksichtigung der laufenden Abschreibung der Finanzierungsfehlbeträge wird die Gesamtschuld per Ende 2007 damit um etwa 40 Millionen Franken höher sein als per Ende 2001. Ohne Korrekturmassnahmen werden wir unser im Finanzleitbild gesetztes Ziel nicht erreichen.

Die Tatsache, dass der Schuldendienst derzeit - bei tiefen Zinsen - 15 Prozent des Staatssteuer-nettoertrags bindet, zeigt, wie sehr die Schulden unseren Handlungsspielraum einengen. Der Schuldenabbau bleibt daher eines unserer zentralen Ziele.

2. Steuerpolitik

Mit der Totalrevision des Steuergesetzes auf das Jahr 2001 haben wir die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler um rund 60 Millionen Franken entlastet (Staatssteuern und Gemeindesteuern). Im interkantonalen Vergleich haben wir damit den Abstand zum Kanton Uri deutlich und zum Kanton

Nidwalden etwas verkürzt, den Kanton Obwalden haben wir überholt. In diesem Zeitraum ist der Abstand zu den Kantonen Schwyz und Zug allerdings grösser geworden. Dies führt denn auch dazu, dass wir uns im interkantonalen Steuerbelastungsvergleich - obwohl einen Rang besser platziert - noch etwas mehr vom schweizerischen Mittel entfernt haben. Wir befinden uns nun auf Rang 21 mit einem Stand von 120,5 Indexpunkten (100 Punkte = schweizerisches Mittel).

Im laufenden Jahr haben wir den Steuerfuss um 1/20 Einheit gesenkt und damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler um weitere 22 Millionen Franken entlastet. Im Voranschlagsjahr 2003 wollen wir die Steuern um 3/20 Einheiten senken. Den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bringt dies eine Erleichterung von rund 75 Millionen Franken.

Voraussichtlich auf das Jahr 2005 wird der Bund die Reform der Familienbesteuerung einführen (vgl. aber Kapitel III.1). Geplant sind auch eine Senkung der Tarife bei den niedrigen Einkommen, eine Reform der Unternehmensbesteuerung und ein Systemwechsel beim Eigenmietwert. Wir wollen die Steuerreform des Bundes in unserem Steuergesetz übernehmen und - sobald der Bund die Weichen gestellt hat - voraussichtlich auf das Jahr 2006 einführen. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler profitieren allein von der Reform der Familienbesteuerung mit rund 60 Millionen Franken, nämlich mit je 20 Millionen Franken bei den Bundessteuern, bei den Staatssteuern und bei den Gemeindesteuern.

Mit der Realisierung der NFA, voraussichtlich im Jahr 2007, wollen wir den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern nochmals eine Entlastung von 50 Millionen Franken gewähren. Mit diesen Massnahmen verfolgen wir eine kontinuierliche Steuerpolitik, die für unseren Kanton tragbar ist und in der Bevölkerung und Wirtschaft Vertrauen schafft. Die Standortattraktivität wird erhöht.

(in Mio. Franken)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Total
Entlastung bei Staatssteuern	29	22	75			>20	50	>196
Entlastung bei Bundessteuern					>20			>20
Entlastung bei Gemeindesteuern	31					>20		>51
Total	60	22	75	0	>20	>40	50	>267

3. Massnahmen

Ein Blick auf die Ergebnisse des Integrierten Finanz- und Aufgabenplans 2003 - 2007 macht deutlich, dass der Staatshaushalt die Realisierung sämtlicher neuer Vorhaben, welche geplant sind, nicht verkraften würde. Bereits mit den von der Regierung und vom Grossen Rat schon beschlossenen Vorhaben befinden wir uns in den Jahren 2003 bis 2007 voraussichtlich wieder in den roten Zahlen (Finanzierungsrechnung).

Die Entwicklung des Staatssteuerertrags und der Anteile an den Bundeseinnahmen zeigt, dass die Ursache für dieses Defizit nicht bei den steuerlichen Entlastungen liegt. Diese werden durch den linearen Anstieg der Steuereinnahmen wettgemacht. Die Ursache liegt vielmehr in der stetigen Zunahme des Aufwands. Dazu trägt zum einen der neue kantonale Finanzausgleich bei, welcher für den Kanton in den nächsten sechs Jahren jährliche Mehrausgaben von rund 37 Millionen Franken mit sich bringt. Aber auch ohne den neuen Finanzausgleich kommen immer neue Aufgaben und Ausgaben auf den Kanton zu, die den Staatshaushalt zusätzlich belasten. Zudem sind grosse Projekte in der Bildung, im Gesundheitswesen und im Verkehr vorgesehen. Sollte sich die Konjunktur nicht unserer Prognose entsprechend entwickeln, werden wir mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Dies wollen wir verhindern. Wir sehen vor allem in folgenden Bereichen Handlungsbedarf:

- Neue Vorhaben
- Aufgabenreform Kanton - Gemeinden
- Aufgabenreform Bund - Kantone
- Querschnittsaufgaben innerhalb der Verwaltung

Wie werden im Hinblick auf den Voranschlag 2004 und die Folgejahre für neue Vorhaben eine Prioritätenordnung erstellen. Dies betrifft sowohl Vorhaben, die sich auf die Laufende Rechnung auswirken, wie auch Vorhaben, welche die Investitionsrechnung belasten. Die Prioritätenordnung muss sich nach den verfügbaren Mitteln richten.

Im Projekt Gemeindereform 2000+ zeichnet sich die Tendenz ab, bisherige Verbundaufgaben zwischen dem Kanton und den Gemeinden zu kantonalisieren. Dies betrifft etwa die Archäologie und

die Denkmalpflege, das Vermessungswesen und Teile der Kultur. Diesen geplanten kantonalen Aufgaben stehen zur Zeit keine neuen kommunalen Aufgaben gegenüber. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Aufgabenreform mit den Gemeinden nicht einseitig zulasten des Kantons geht.

Das Inkrafttreten der Aufgabenreform zwischen dem Bund und den Kantonen ist auf das Jahr 2007 vorgesehen. Der Bund zieht sich jedoch bereits heute aus verschiedenen Aufgaben zurück. Dies betrifft etwa die Wohnbausanierungen in Berggebieten und die Zivilschutzausbildung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Aufgabenreform nicht einseitig zulasten des Kantons geht.

Verschiedene Querschnittsaufgaben in der Verwaltung werden vermehrt zentral wahrgenommen. Die Dienststellen, welche diese zentralen Aufgaben wahrnehmen, benötigen dazu zusätzliche personelle Ressourcen. Ein entsprechender Abbau von Stellen bei den übrigen Dienststellen wird oftmals nicht vorgenommen. Wir werden dieser Entwicklung entgegenzutreten.

VI. Aufgaben und Finanzen

Übersicht

(in Mio. Franken)

	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	% ¹
Laufende Rechnung								
Gesamte Verwaltung								
Aufwand	2'699.4	2'762.8	2'957.2	3'033.8	3'100.7	3'156.9	3'201.7	8.3
Ertrag	2'767.6	2'763.5	2'956.6	3'040.8	3'095.7	3'134.5	3'205.0	8.4
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-68.1	-0.8	0.6	-7.0	5.1	22.4	-3.3	
Investitionsrechnung								
Gesamte Verwaltung								
Ausgaben	302.6	321.7	328.7	352.3	346.7	315.2	305.5	-7.1
Einnahmen ²	417.9	348.5	288.3	296.6	303.1	289.9	282.4	-2.1
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-115.2	-26.8	40.4	55.7	43.6	25.3	23.2	
Staatsbeiträge								
Gesamte Verwaltung								
Laufende Rechnung								
Aufwand	796.7	824.8	951.0	979.0	1'008.3	1'027.3	1'045.3	9.9
Ertrag	359.6	341.9	474.3	481.8	498.8	506.8	514.8	8.5
Aufwand-/Ertragsüberschuss	437.2	482.8	476.7	497.3	509.5	520.6	530.5	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	32.2	35.1	36.0	36.9	37.1	35.8	34.8	-3.3
Einnahmen	101.1	102.7	109.0	116.0	102.6	88.7	80.3	-26.3
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-69.0	-67.6	-73.0	-79.1	-65.6	-52.9	-45.6	

¹ Die **Prozentwerte** beziehen sich auf die Veränderungen in den Jahren 2003 und 2007.

² Die höheren Einnahmen in den Jahren 2001 und 2002 ergeben sich vor allem aus den **Darlehensrückzahlungen** der Arbeitslosenkasse.

0. Allgemeine Verwaltung

Leistungserbringer

(In alphabetischer
Reihenfolge)

Amt für Finanzdienstleistungen, Amt für Gemeinden, Amt für Berufliche Vorsorge, Amt für Statistik, Datenschutzbeauftragter, Departementssekretariate, Finanzverwaltung, Hochbauamt, Informatikgesamtverantwortlicher, Liegenschaftsverwaltung, Organisations- und Informatikdienste, Personalamt, Staatsarchiv, Staatskanzlei, Steuerverwaltung.

Generelle Entwicklung

- Eines der zentralen Themen ist die Totalrevision der Staatsverfassung, welche das Volk am 23. September 2001 beschlossen hat. Wir haben eine Verfassungskommission eingesetzt. Diese hat den Auftrag, eine inhaltlich und formal neue Verfassung auszuarbeiten, welche auch künftige Herausforderungen miteinbezieht.
- Mit dem Projekt Gemeindereform 2000+ wollen wir die Gemeinden stärken und die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden auf eine neue Basis stellen. Die Teilprojekte Finanzreform, Aufgabenreform und Strukturreform werden uns bis ins Jahr 2009 beschäftigen.
- Die flächendeckende Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltung (WOV) werden wir Ende 2004 abschliessen. Wir nehmen die Einführung von WOV dezentral vor. Die Departemente und Dienststellen werden dabei von der Geschäftsstelle WOV unterstützt.
- Die Einführung von SAP R/3, der neuen integrierten Rechnungswesenlösung, wird in den meisten Dienststellen Ende 2003 abgeschlossen sein.
- Wir haben einen grossen Handlungs- und Regelungsbedarf im Informatikbereich, so etwa bezüglich Sicherheit, Datenschutz und Organisation. Zudem bauen wir einen Datenpool auf, der die Vereinfachung und Vereinheitlichung von Datenaustauschprozessen innerhalb der Verwaltung sowie zwischen dem Kanton und seinen Partnern (Gemeinden, andere Kantone und Bund) zum Ziel hat.
- Weiter haben wir das Projekt E-Government lanciert. Mit diesem wollen wir die technologischen, rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für elektronische Dienstleistungen des Kantons und der Gemeinden schaffen.
- Im Personalbereich haben wir verschieden Projekte vorgesehen oder teilweise bereits umgesetzt. So stehen seit Anfang Mai dieses Jahres den Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung Betreuungsplätze für ihre Kinder zur Verfügung.
- Ferner hat die Zentralschweizer Regierungskonferenz beschlossen, die Weiterbildung der Mitarbeitenden der Zentralschweizer Kantone zusammenzulegen. Zu diesem Zweck hat eine Fachstelle "Verwaltungsweiterbildung Zentralschweiz", welche in das Personalamt des Kantons Luzern integriert ist, ihre Arbeit aufgenommen. Im laufenden Jahr startet das Pilotprogramm Führungsaus-

bildung. Ab 2003 steht das Angebot allen Mitarbeitenden offen.

- Schliesslich haben wir die Ablösung des Personalinformationssystems LUPIS beschlossen. Die entsprechenden Projektarbeiten sind angelaufen.

		Projektabschluss	Projekt-/Betriebskosten insgesamt 2004-2007 in Mio. Franken	Investitionskosten 2004-2007 in Mio. Franken
Beschlossene Vorhaben	• Flächendeckende Einführung von WOV (WOV-Geschäftsstelle)	2004	0.1	
	• Aufbau eines Datenpools (Projektkosten insgesamt 1,2 Mio. Franken)	2005	0.15	1
	• Ablösung des Personalinformationssystems LUPIS	2006	1	6
	• Projekt E-Government (Projektkosten insgesamt 2 Mio. Franken)	2007		1.5
	• Gemeindereform 2000+ (Gemeindeentwicklungsprojekte gemäss Dekret vom 7. Mai 2001)	2009	8	
Geplante Vorhaben	• Kauf der Schule Baldegg (Projekt Mittelschule Seetal)	2005		10
	• Verkauf der Kantonsschule Hochdorf (Projekt Mittelschule Seetal)	2005		-10
	• Aufbau der Informatik-Sicherheit	2007		1.5
Gesetzesänderungen	• Neue Magistratenspensionsordnung (Übertritt der Magistratspersonen in eine BVG-Versicherungslösung bei der LUPK)	2003		
	• Neues Statistikgesetz (gesamtschweizerische Vereinheitlichung, Definition der Leistungen des Amtes für Statistik)	2003		

	Projektabschluss	Projekt-/Betriebskosten insgesamt 2004-2007 in Mio. Franken	Investitionskosten 2004-2007 in Mio. Franken
<ul style="list-style-type: none"> • Neues Finanzkontrollgesetz (Verbesserung der Finanzaufsicht) 	2003		
<ul style="list-style-type: none"> • Neues Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden (Neudefinition der kantonalen Aufsicht, Einführung von buchhalterischen Mindestanforderungen) 	2004		
<ul style="list-style-type: none"> • SRL Nr. 150: Totalrevision Gemeindegesetz (Regelung der Kompetenzen der Gemeinden, Mindestvorschriften bezüglich Gemeindeorganisation, Controlling) 	2004	0.5	
<ul style="list-style-type: none"> • Anpassung der Rechtsgrundlagen im Bereich des elektronischen Datenverkehrs und des Datenschutzes 	2004		
<ul style="list-style-type: none"> • SRL Nr. 600: Teilrevision Finanzhaushaltgesetz (verschiedene Anpassungen) 	2005		
<ul style="list-style-type: none"> • SRL Nr. 1: Totalrevision Staatsverfassung (Schaffung einer modernen, neuen Staatsverfassung unter Einbezug der Bevölkerung gemäss Volksentscheid vom 23. September 2001). 	2007	2.4	

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Aufwand	253.3	269.7	216.6	219.7	232.0	236.4	240.3	11.0
Ertrag	158.4	166.3	107.8	110.7	117.0	117.6	117.8	9.3
Aufwand-/Ertragsüberschuss	95.0	103.4	108.8	109.0	115.0	118.9	122.5	
01 Legislative und Exekutive								
Aufwand	3.3	3.5	4.0	3.6	3.6	3.7	4.2	
Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.3	3.5	4.0	3.6	3.6	3.7	4.2	
02 Allgemeine Verwaltung								
Aufwand	224.5	239.1	178.3	181.4	193.1	197.0	199.7	
Ertrag	106.8	112.7	41.3	42.2	46.9	47.4	47.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	117.7	126.4	137.0	139.2	146.2	149.5	152.2	
03 Leistungen für Pensionierte								
Aufwand	5.1	4.5	4.6	4.7	4.7	4.8	4.9	
Ertrag	0.5	0.3	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	4.6	4.2	4.0	4.0	4.1	4.1	4.2	
09 Nicht aufteilbare Aufgaben¹								
Aufwand	20.4	22.6	29.6	30.1	30.5	31.0	31.5	
Ertrag	51.0	53.2	65.8	67.9	69.4	69.5	69.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-30.6	-30.7	-36.2	-37.8	-38.9	-38.5	-38.1	
Investitionsrechnung	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Ausgaben	8.0	10.7	13.6	13.9	22.5	10.7	9.5	-31.3
Einnahmen	4.7	4.5	5.0	2.5	12.5	2.5	2.5	-50.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	3.3	6.2	8.6	11.4	10.0	8.2	7.0	
Staatsbeiträge	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	0.4	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8	6.2
Ertrag	0.3	0.2	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	5.9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.1	0.6	0.5	0.5	0.5	0.5	0.6	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	0.0
Einnahmen ²	4.0	4.0	4.0	2.5	2.5	2.5	2.5	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-4.0	-4.0	-4.0	-2.5	-2.5	-2.5	-2.5	

¹ Unter die nicht aufteilbaren Aufgaben fallen etwa der **Unterhalt und die Bewirtschaftung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens** sowie die **Bewirtschaftung der Parkplätze**.

² Bei diesen Einnahmen handelt es sich um **Bundesbeiträge an Hochbauten**, zum Beispiel im Sonderschulbereich. Die Einnahmen gehen zurück, weil in den nächsten Jahren weniger subventionsberechtigte Bauten geplant sind und sich der Bund aus der Beitragszahlung zurückzieht.

1. Öffentliche Sicherheit

Leistungserbringer

(In alphabetischer Reihenfolge)

Amt für das Gastgewerbe, Amt für Migration, Amt für Militär, Amt für Umweltschutz (Schadenwehr), Amt für Zivilschutz, Amtsstatthalterämter, Bodenrechtskommission, Departementssekretariat SD (Projekt LIP), Einigungsamt, Gerichte, Grundbuchämter, Grundbuchinspektorat, Haftanstalt und Untersuchungsgefängnis Grosshof, Handelsregisteramt, Jugendanwaltschaft, Kantonspolizei, Konkursämter, Schlichtungsbehörde für Miete und Pacht, Schutzaufsicht- und Fürsorgeamt, Staatsanwaltschaft, Strafanstalt Wauwilermoos, Straf- und Massnahmenvollzug, Strassenverkehrsamt, Vermessungsamt, Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung.

Generelle Entwicklung

- Mit der Erhöhung des Personalbestands der Kantonspolizei, die Sie mit Beschluss vom 27. Mai 2002 zustimmend zur Kenntnis genommen haben, können wir den gesteigerten Anforderungen an die Kantonspolizei inskünftig besser gerecht werden. Die Beschaffung von neuen Technologien wie des polizeilichen Ortungs- und Datenkommunikationssystems wird die Polizeikräfte bei ihrer Arbeit zusätzlich unterstützen.
- Im Herbst 2005 soll in den Räumen des heutigen Seminars Hitzkirch die gemeinsame Polizeischule der Zentral- und Nordwestschweiz mit ca. 350 Auszubildenden starten. Wir rechnen mit Investitionskosten von 14,6 Millionen Franken, die in der Folge durch die jährlichen Beiträge der beteiligten Kantone sowie der Städte Bern und Luzern abgegolten werden.
- Im Jahr 2004 tritt die Armee-Reform XXI in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt werden nur noch elf Jahrgänge dienstpflchtig sein, was Ertragsausfälle bei der Militärsatzpflicht ab 2005 zur Folge hat. Zudem werden ab 2003 vier bis fünf Jahrgänge pro Jahr entlassen, was mit einem höheren Arbeitsaufwand verbunden ist.
- Im Jahr 2004 tritt voraussichtlich das neue Bevölkerungsschutzgesetz in Kraft. Mit diesem soll die gesamte Zivilschutzausbildung kantonalisiert werden. Wir wollen in diesem Bereich verstärkt mit den andern Zentralschweizer Kantonen zusammenarbeiten.
- Im Weiteren traten am 1. Juni 2002 die bilateralen Verträge mit der EU in Kraft. Das Ergebnis ist eine stufenweise Erleichterung des Personenverkehrs für Staatsangehörige der EU und der EFTA in den nächsten zwölf Jahren. Daraus resultieren Gebührenaufschläge beim Amt für Migration.
- Die bilateralen Verträge haben auch Auswirkungen auf die Fahrzeugprüfungen. Namentlich sind im EU-Landverkehrsabkommen kürzere Nachprüfintervalle vorgeschrieben. Wir sehen daher die Mitbenützung des vom Bund geplanten Schwerverkehrkontrollzentrums in Reiden vor. Zusätzlich ist die Errichtung eines regionalen Verkehrsprüfungsentrums in Sursee geplant. Mit diesen Massnahmen können wir die Prüfrückstände abbauen und das

EU-Landverkehrsabkommen termingerecht umsetzen.

- Ende 2003 werden wir die Einführung des Grundbuchs in den Gemeinden sowie die Einführung des EDV-Grundbuchs abgeschlossen haben. Daraus resultiert ein Minderaufwand bei den Personalkosten beim Grundbuchinspektorat sowie bei den Grundbuchämtern ab 2004.

		Projektabschluss	Projekt-/Betriebskosten insgesamt 2004-2007 in Mio. Franken	Investitionskosten 2004-2007 in Mio. Franken
Beschlossene Vorhaben	• Kapo Hauptgebäude (Fassadenerneuerung und Aufstockung gemäss Botschaft vom 18. Juni 2002)	2004		2
	• 2. Phase Personalaufstockung Kantonspolizei um insgesamt 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemäss Grossratsbeschluss vom 27. Mai 2002	2006	6.3	
	• Mitbenützung des Schwerverkehrkontrollzentrums Reiden	2005		0.5
Geplante Vorhaben	• Einrichtung eines regionalen Verkehrsprüfungszentrums in Sursee	2004		0.7
	• Kantonalisierung des Vermessungswesens ab 2004			7.2
	• Ersatzbeschaffung von Radaranlagen für die Geschwindigkeitsmessung auf der A2/A14	2004		1
	• Kapo-Stützpunkt Sprengi (Neubau Fahrzeugeinstellhalle mit Bürotrakt)	2005		2.5
	• Umzug der Zentralschweizer Polizeischule nach Hitzkirch (Umbau kantonale Mittelschule Seetal, Hitzkirch; Neubau, Schiessanlage, Parkplatz)	2005		14.6
	• Strafanstalt Wauwilermoos (Umnutzung Scheune Nord / Verlegung Zufahrt)	2006		0.75
	• Teilzentralisierung der Zivilschulung im Raum Zentralschweiz	2006		2

	<ul style="list-style-type: none"> Umzug des Amtes für Zivilschutz nach Sempach (Nutzung der fre werdenden Räume nach Wegzug der Zentralschweizer Polizeischule) 	2007		2.7
Gesetzesänderungen	<ul style="list-style-type: none"> Neues Geoinformationsgesetz (Kantonalisierung des Vermessungswesens) 	2003		
	<ul style="list-style-type: none"> SRL Nr. 855: Teilrevision Ruhetags- und Ladenschlussgesetz (Liberalisierung) 	2003		
	<ul style="list-style-type: none"> SRL Nr. 300: Ergänzung des Übertretungsstrafgesetzes (Vermummungsverbot) 	2003		
	<ul style="list-style-type: none"> SRL Nr. 370: Teilrevision des Gesetzes über zivile Schutzmassnahmen (Anpassung an neue Bundesgesetzgebung) 	2004		
	<ul style="list-style-type: none"> SRL Nr. 955: Teilrevision Gewerbe- polizeigesetz (Reisende, Spielgeräte) 	2004		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Aufwand	262.4	271.4	277.1	280.3	285.0	289.9	293.9	6.1
Ertrag	115.8	116.9	122.6	122.9	123.9	125.4	127.0	3.6
Aufwand-/Ertragsüberschuss	146.6	154.5	154.5	157.4	161.1	164.4	166.9	
10 Rechtsaufsicht								
Aufwand	27.8	30.0	29.7	28.2	28.5	28.9	29.3	
Ertrag	32.6	33.0	33.1	33.0	32.7	32.8	33.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-4.7	-2.9	-3.4	-4.8	-4.2	-3.9	-3.8	
11 Polizei								
Aufwand	150.0	155.3	157.7	160.9	164.2	167.4	169.9	
Ertrag	42.6	43.8	47.1	47.8	48.5	49.3	50.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	107.4	111.6	110.5	113.1	115.6	118.2	120.0	
12 Rechtsprechung								
Aufwand	44.8	47.0	47.4	48.0	48.6	49.2	49.8	
Ertrag	19.8	20.1	20.9	20.9	21.2	21.5	21.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	25.1	26.9	26.5	27.1	27.4	27.7	28.0	

13 Strafvollzug								
Aufwand	24.8	22.6	26.0	26.4	26.8	27.1	27.5	
Ertrag	13.5	12.7	14.0	14.3	14.5	14.7	14.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	11.3	9.9	12.0	12.1	12.3	12.5	12.6	
14 Feuerwehr								
Aufwand	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4	
Ertrag	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.0	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4	
15 Militärische Landesverteidigung								
Aufwand	8.8	9.4	9.6	9.7	9.8	10.0	10.1	
Ertrag	5.0	4.6	4.8	4.8	4.9	5.0	5.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.8	4.8	4.9	4.9	4.9	4.9	5.0	
16 Zivile Landesverteidigung								
Aufwand	5.8	6.6	6.3	6.6	6.7	6.8	6.9	
Ertrag	2.0	2.7	2.6	2.1	2.1	2.1	2.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.8	3.9	3.7	4.6	4.6	4.7	4.7	
Investitionsrechnung	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Ausgaben	9.1	9.7	10.3	13.7	10.8	9.4	8.9	-29.2
Einnahmen	-	0.5	0.5	-	-	-	-	-100.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	9.1	9.2	9.8	13.7	10.8	9.4	8.9	
Staatsbeiträge	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	1.0	1.2	1.4	0.2	0.2	0.2	0.2	-82.8
Ertrag	3.6	3.8	4.4	4.2	4.3	4.3	4.4	-0.7
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-2.6	-2.6	-3.0	-4.0	-4.0	-4.1	-4.2	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	0.3	0.4	0.4	0.2	0.2	0.2	0.2	-50.0
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	0.3	0.4	0.4	0.2	0.2	0.2	0.2	

2. Bildung

Leistungserbringer

(In alphabetischer Reihenfolge)

Bildungsdepartement, Fachstelle für Wirtschaftsfragen (Staatsbeitrag Microcenter Zentralschweiz), Lehrmittelverlag.

Generelle Entwicklung

- Die Volksschulen werden bis 2005 mit der Umsetzung des Volksschulbildungsgesetzes und des Projekts "Schulen mit Profil" ausgelastet sein. Parallel dazu wollen wir mit dem Vorhaben "Schule in Diskussion" weite Kreise an der Ausgestaltung der Volksschule beteiligen.
- Bei den Mittelschulen stehen die Evaluation der Gymnasialreform und die Etablierung eines Qualitätssicherungssystems im Vordergrund. Daneben gilt es die Infrastrukturen, die durch die Einführung des neuen Maturitäts-Anerkennungs-Reglementes MAR notwendig werden, bereitzustellen. Von besonderer Bedeutung sind hier die Entwicklungen im Seetal (Konzentration aller Mittelschulen an einem Ort) und auf dem Platz Luzern (Lösung der Platzprobleme im Bereich Musegg, allenfalls Einrichtung einer rechtsufrigen Kantonsschule).
- Bei der Berufsbildung müssen die kantonalisierten Berufsschulen integriert, neue schulische Ausbildungswege gestaltet und eine Lösung für die Diplommittelschule gefunden werden. Ausserdem werden wir die neue Bildungssystematik im Gesundheits- und Sozialbereich und in der landwirtschaftlichen Bildung umsetzen. Den Hauswirtschaftsbereich und die Berufs- und Studienberatung werden wir neu organisieren.
- Im Hochschulbereich werden wir den Campus Luzern weiterentwickeln. Hier steht der Neubau der Universität an. Schliesslich wird die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz PHZ schrittweise ihren Betrieb aufnehmen. Die Eröffnung der PHZ in Luzern planen wir auf Herbst 2003.
- Der Staatsbeitrag von 700'000 Franken an das Microcenter Zentralschweiz wird gemäss Dekret vom 8. Mai 2001 im Jahr 2003 letztmals ausgerichtet und entfällt somit ab dem Jahr 2004.

		Projektabschluss	Projekt-/Betriebskosten insgesamt 2004-2007 in Mio. Franken	Investitionskosten 2004-2007 in Mio. Franken
Beschlossene Vorhaben	• Übernahme der Finanzierung von Berufsschulen privater Trägerschaften von den Gemeinden ab 2004		36	
	• Kantonsschule Beromünster: Erweiterungsbau (Investitionskosten insgesamt 2,9 Mio. Franken)	2004		1.6
	• Kantonsschule Schüpfheim: Erweiterungsbau (Investitionskosten insgesamt 2,3 Mio. Franken)	2004		1.2
	• Kantonsschule Willisau: Erweiterungsbau gemäss Dekret vom 22. April 2002 (Investitionskosten insgesamt 12,5 Mio. Franken)	2004		4
	• Projekt Englisch Sekundarstufe I	2004	0.3	
	• Kantonsschule Sursee: Erweiterungsbau (Investitionskosten insgesamt 9,5 Mio. Franken)	2005		8.5
	• Projekt Umgestaltung Sekundarstufe I	2006	0.9	
	• Projekt "Schulen mit Profil"	2006	0.9	
	• Universität Luzern: Neubau (Investitionskosten brutto insgesamt 71 Mio. Franken. Projektierung gemäss Dekret vom 19. November 2001)	2006		23.5
	• Pädagogische Hochschule Zentralschweiz: Vollbetrieb bis 2007 (Beitritt zum Konkordat gemäss Dekret vom 10. September 2001)	2007	50	
	• Schulnetz (Internet, Intranet und E-Mail)	2007	3	2.7
	Geplante Vorhaben			
• ITC Center Sursee (Ausbau der Berufsschule Sursee zu einem Bildungszentrum für Informations- und Kommunikationstechnologien)	2004			6.5

	Projektabschluss	Projekt-/Betriebskosten insgesamt 2004-2007 in Mio. Franken	Investitionskosten 2004-2007 in Mio. Franken
<ul style="list-style-type: none"> • Projekt Englisch Primarstufe (Ausbildungskurse für Primarlehrpersonen im Hinblick auf die geplante Einführung im Schuljahr 2005/06) 	2004	0.3	
<ul style="list-style-type: none"> • Neue Besoldungsordnung für Lehrpersonen (Anpassung der Pro-Kopf-Beiträge an die Gemeinden. Mehrkosten für Kanton) 	2006	22	
<ul style="list-style-type: none"> • Hochschule für Gestaltung und Kunst: Ausbau Sentimatt; Sanierung Rössligasse (Investitionskosten insgesamt 18,7 Mio. Franken) 	2006		15.5
<ul style="list-style-type: none"> • Informatikreorganisation im Bildungsdepartement 	2007	2.4	
<ul style="list-style-type: none"> • Projekt Basisstufe (Umgestaltung der Schuleingangsstufe) 	2007	0.7	
<ul style="list-style-type: none"> • E-Learning 	2007		2.5
<ul style="list-style-type: none"> • Kantonsschule Reussbühl 	2007		15
<ul style="list-style-type: none"> • Hochschule für Technik und Architektur (betriebliche Verbesserungen) 	2007		5.8
Gesetzesänderungen <ul style="list-style-type: none"> • Neues Gesetz über die Berufs- und Erwachsenenbildung (Anpassung der gesetzlichen Grundlagen an die eidgenössische Gesetzgebung; Anpassung an strukturelle Veränderungen wie die Integration der Gesundheits- und Sozialberufe sowie der Berufe der Land- und Milchwirtschaft und die Kantonalisierung der Berufsschulen) 	2004		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Aufwand ¹	536.2	541.2	613.4	641.3	653.6	666.3	678.3	10.6
Ertrag	140.6	140.5	165.0	166.4	168.6	170.8	173.2	5.0
Aufwand-/Ertragsüberschuss	395.6	400.7	448.4	474.9	485.0	495.5	505.1	
20 Kindergärten								
Aufwand	8.4	8.4	8.5	8.6	8.8	8.9	9.0	
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	8.4	8.4	8.5	8.6	8.8	8.9	9.0	
21 Volksschule								
Aufwand	140.5	135.8	141.5	143.9	146.0	148.2	150.3	
Ertrag ²	19.3	17.9	18.2	18.3	18.5	18.8	19.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	121.2	117.9	123.3	125.6	127.5	129.4	131.3	
22 Sonderschulen								
Aufwand	50.7	54.0	60.6	62.3	64.0	65.7	67.5	
Ertrag	40.0	41.7	45.2	46.2	47.3	48.4	49.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	10.8	12.3	15.4	16.1	16.7	17.4	18.1	
23 Berufsbildung								
Aufwand ¹	98.6	96.4	145.6	156.4	158.3	160.2	162.2	
Ertrag	40.9	42.7	61.9	62.5	63.0	63.6	64.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	57.7	53.7	83.7	94.0	95.3	96.6	98.0	
24 Lehrerausbildung								
Aufwand	37.8	41.0	33.1	36.9	37.9	39.3	41.1	
Ertrag	6.1	6.2	4.7	3.8	3.6	3.4	3.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	31.7	34.8	28.4	33.1	34.2	35.9	37.6	
25 Allgemeinbildende Schulen								
Aufwand	97.8	101.2	113.6	116.6	119.1	121.1	122.4	
Ertrag	25.9	29.1	31.8	32.1	32.6	33.1	33.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	71.8	72.1	81.8	84.5	86.6	88.0	88.8	
26 Höhere Berufsausbildung								
Aufwand	34.5	38.2	38.6	40.5	42.3	44.2	46.0	
Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	34.5	38.2	38.6	40.5	42.3	44.2	46.0	
27 Hochschulen und Forschung								
Aufwand	41.5	38.6	41.5	44.1	45.4	46.6	47.8	
Ertrag	6.8	1.8	2.0	2.3	2.3	2.4	2.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	34.6	36.7	39.5	41.8	43.0	44.2	45.4	

29 Übriges Bildungswesen								
Aufwand	26.6	27.7	30.3	31.9	31.8	32.2	32.0	
Ertrag	1.7	1.1	1.2	1.2	1.2	1.2	1.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	24.9	26.6	29.1	30.6	30.6	31.0	30.8	
Investitionsrechnung	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Ausgaben	40.5	42.7	41.2	47.2	47.1	46.6	45.9	5.5
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	40.5	42.7	41.2	47.2	47.1	46.6	45.9	
Staatsbeiträge	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	257.1	266.8	272.6	290.9	297.9	304.9	311.9	14.4
Ertrag	73.5	73.8	90.9	92.4	94.2	96.0	97.8	7.6
Aufwand-/Ertragsüberschuss	183.6	193.0	181.7	198.5	203.7	208.9	214.1	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	9.9	9.0	7.9	8.4	7.9	6.9	5.9	-24.8
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	9.9	9.0	7.9	8.4	7.9	6.9	5.9	

¹ Die Aufwandsteigerung von 2002 auf 2003 erklärt sich aus der **Kantonalisierung der Berufsschulen**.

² Die **Erträge bei den Volksschulen** setzen sich vor allem aus den Erlösen des Lehrmittelverlags und aus Bundesbeiträgen und Beiträgen der IV an die Gemeinden zusammen.

3. Kultur und Freizeit

Leistungserbringer

(In alphabetischer Reihenfolge)

Abteilung Kultur- und Jugendförderung JGKD, Amt für Denkmalpflege und Archäologie, Bildungsdepartement (verschiedene Staatsbeiträge), Historisches Museum, Natur-Museum, Sportamt, Sport-Toto SD, Zentral- und Hochschulbibliothek.

Generelle Entwicklung

- Im Vordergrund steht die Aufgabenentflechtung zwischen dem Kanton und den Gemeinden im Kulturbereich im Rahmen der Gemeindereform 2000+. Das Teilprojekt wird im Jahr 2002 gestartet und dauert bis 2005. Namentlich prüfen wir die Kantonalisierung der Denkmalpflege und der Archäologie. Weiter gehen wir davon aus, dass der Kanton auch in der Kultur stärker belastet sein wird. Diese Belastung wird bei den Staatsbeiträgen an kulturelle Institutionen anfallen. In welcher Form ein Ausgleich mit den Gemeinden gefunden werden kann, ist noch offen.
- In der Denkmalpflege ist ein Bauinventar über die schutzwürdigen Bauobjekte geplant. Damit sollen die Grundlagen für die Aktivitäten der Denkmalpflege verbessert und die Berechenbarkeit der finanziellen Aufwendungen erhöht werden. Wir werden in den Jahren 2002 und 2003 ein Pilotprojekt durchführen. Ab dem Jahr 2004 soll das Bauinventar flächendeckend erstellt werden. Die entsprechende gesetzliche Grundlage werden wir Ihnen im Jahr 2003 vorlegen.
- Sie haben mit Dekret vom 27. Mai 2002 die Erneuerung der ständigen Ausstellung sowie bauliche Massnahmen beim Historischen Museum beschlossen. Geplant sind auch die Erneuerung der Ausstellung sowie bauliche Massnahmen beim Natur-Museum.
- Schliesslich ist der Ausbau der Zentral- und Hochschulbibliothek geplant. Damit soll der seit Jahren bestehenden Raumknappheit begegnet und die Attraktivität des Campus Luzern erhöht werden.

		Projektabschluss	Projekt-/Betriebskosten insgesamt 2004-2007 in Mio. Franken	Investitionskosten 2004-2007 in Mio. Franken
Beschlossene Vorhaben	• Erneuerung der Ausstellung und bauliche Massnahmen Historisches Museum gemäss Dekret vom 27. Mai 2002	2004		2
	• Teilprojekt Aufgabenreform, Bereich Kultur (Projektkosten)	2005	0.5	
	• Erhöhung der Beiträge an den Betrieb des Luzerner Theaters und des Luzerner Sinfonieorchesters ab 2004 gemäss Ihren Dekreten vom 10. September 2001		5	
Geplante Vorhaben	• Erstellung eines Bauinventars über die schutzwürdigen Bauobjekte ab 2004			1.6
	• Kantonalisierung Denkmalpflege und Archäologie ab 2005 (Mehrkosten des Kantons)			8.1
	• Teilprojekt Aufgabenreform, Bereich Kultur ab 2006 (Mehrkosten des Kantons)		2	
	• Erneuerung der Ausstellung und bauliche Massnahmen Natur-Museum	2006		5.2
	• Hochschulbibliothek (Weiterentwicklung der Zentral- und Hochschulbibliothek auf dem Campus Luzern)	2007	0.4	19.2
Gesetzesänderungen	• Neues Archivgesetz (Anpassung an Aufgabenreform)	2005		
	• SRL Nr. 595: Teilrevision Denkmalpflegegesetz (Anpassung an Aufgabenreform)	2005		
	• SRL Nr. 402: Teilrevision Kulturförderungsgesetz (Anpassung an Aufgabenreform)	2005		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Aufwand	30.1	32.8	34.9	36.8	37.3	38.8	39.7	13.8
Ertrag	9.6	9.0	11.3	11.3	11.4	11.5	11.6	2.8
Aufwand-/Ertragsüberschuss	20.5	23.8	23.6	25.5	25.9	27.3	28.1	
30 Kulturförderung								
Aufwand	21.9	24.9	26.6	28.5	28.9	30.2	31.0	
Ertrag	5.0	4.9	6.6	6.6	6.6	6.7	6.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	16.9	20.0	20.0	21.8	22.2	23.5	24.3	
31 Denkmalpflege und Heimatschutz								
Aufwand	3.1	3.4	3.3	3.3	3.4	3.4	3.5	
Ertrag	0.3	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.8	3.0	2.9	2.9	3.0	3.0	3.0	
34 Sport								
Aufwand	4.8	4.2	4.8	4.8	4.9	4.9	5.0	
Ertrag	4.3	3.7	4.3	4.3	4.3	4.4	4.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	
39 Kirche								
Aufwand	0.3	0.3	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	
Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.3	0.3	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	
Investitionsrechnung	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Ausgaben	9.1	5.6	4.7	5.7	8.4	8.4	8.4	133.9
Einnahmen	-	-	0.6	-	-	-	-	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	9.1	5.6	4.1	5.7	8.4	8.4	8.4	
Staatsbeiträge	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	12.9	12.8	13.2	14.7	15.0	16.5	16.8	27.4
Ertrag	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	6.1
Aufwand-/Ertragsüberschuss	11.9	11.9	12.3	13.7	14.0	15.5	15.8	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	6.7	3.2	2.5	2.8	5.5	5.5	5.5	120.0
Einnahmen	-	-	0.6	-	-	-	-	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	6.7	3.2	1.9	2.8	5.5	5.5	5.5	

4. Gesundheit

Leistungserbringer

(In alphabetischer Reihenfolge)

Abteilung Gesundheitswesen und Soziales GSD, Abteilung Spitalwesen GSD, Kantonsapotheker, Kantonsärztlicher Dienst, Kantonales Laboratorium, Kantonszahnarzt, Kantonsspital Luzern (KSL), Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD), Kantonales Spital Sursee-Wolhusen (KSSW), Luzerner Höhenklinik Montana, Psychiatriezentrum Luzerner Landschaft (PLL), Psychiatriezentrum Luzern-Stadt (PLS), Sanitätsnotruf.

Generelle Entwicklung

- Die Kosten im Gesundheitswesen sind in den letzten Jahren überproportional gestiegen. Kostentreibend sind etwa neue Behandlungsmethoden und Medikamente, gestiegene Anforderungen im Bereich der Hygiene (BSE-Prionenerkrankungen) und der stetige Fortschritt der Medizintechnik. Für die Planperiode rechnen wir zudem mit einer Erhöhung der Prämien der Haftpflichtversicherung für die Spitäler.
- Die Ertragsseite ist mit etlichen Unsicherheiten behaftet. So ist der Tariftscheid des Bundesrates für das Jahr 2001 nach wie vor ausstehend. Für die Jahre 2002 und 2003 haben wir daher aufgrund eines provisorischen Tarifs budgetiert.
- Ferner sind die genauen Auswirkungen der Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) noch ungewiss. Möglich ist, dass die Kantone nach der Revision des KVG auch für Behandlungen in Privatkliniken einen Sockelbeitrag leisten müssen.
- Als interne Massnahme ist eine Neuformulierung der kantonalen Gesundheitspolitik vorgesehen, wobei das Angebot der privaten Leistungsanbieter miteinbezogen werden soll.
- Weiter werden wir die Trägerschaft und die Organisationsstrukturen der öffentlichen Spitäler und Kliniken überprüfen. Sodann werden wir den Budgetprozess und das Controlling für die Spitäler und Kliniken überarbeiten und die Kosten- und Leistungsrechnung weiterentwickeln.
- Bei den Investitionen sind eine Vielzahl von Projekten vorgesehen, welche teils der Substanzerhaltung und teils der Erweiterung des Angebots dienen. Die dafür benötigten Mittel überschreiten die zur Verfügung stehenden Mittel beträchtlich. Wir werden daher laufend Prioritäten setzen.

		Projektabschluss	Projekt-/Betriebskosten insgesamt 2004-2007 in Mio. Franken	Investitionskosten 2004-2007 in Mio. Franken
Beschlossene Vorhaben	• KSL und KSSW: Neue Zentralsterilisation (Externe Vergabe der Sterilgutaufbereitung gemäss Dekret vom 23. April 2002. Referendum vom 28. Juni 2002. Inbetriebnahme Herbst 2003. Mehrkosten gegenüber bisheriger Lösung)	2003	6	
	• KSL: Neubau Mikrobiologisches Institut (Investitionskosten insgesamt 4,5 Mio. Franken)	2004		3.5
	• Sofortmassnahmen Kinderspital (Investitionskosten Sofortmassnahmen insgesamt 4,8 Mio. Franken)	2004		0.5
	• KSSW: Dach- und Fassadensanierung Spital Wolhusen (Investitionskosten insgesamt 17,5 Millionen Franken)	2006		13.5
	• KSSW: Erweiterung und Sanierung Spital Sursee (Investitionskosten insgesamt 28 Mio. Franken)	2008		24.5
	• KSL: Schaffung einer zentralen Notfall- und Intensivpflegestation (Investitionskosten Nordanbau insgesamt 33 Mio. Franken)	2009	0.5	26
Geplante Vorhaben	• Verschiedene organisatorische Massnahmen für Spitäler und Kliniken (Einführung Kostenträgerrechnung, Qualitätsmassnahmen im Rahmen des KVG, Umsetzung gesetzliche Auflagen gemäss Medizinalprodukteverordnung und EKAS-Richtlinien)	2004	12	
	• KSSW: Projekt Zusammenarbeit Viszeralchirurgie mit KSL	2004	2	
	• KSL und KSSW: Neue Arbeitszeitregelung Oberärzte	2004	8.8	

	Projektabschluss	Projekt-/Betriebskosten insgesamt 2004-2007 in Mio. Franken	Investitionskosten 2004-2007 in Mio. Franken
<ul style="list-style-type: none"> • KSL und KSSW: Projekt Neue Trägerschaft und Organisationsstrukturen der Spitäler und Kliniken 	2005	5.2	
<ul style="list-style-type: none"> • Augenklinik: Lüftungszentrale 	2005		2.7
<ul style="list-style-type: none"> • KJPD: Weitere Regionalisierung der ambulanten kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung 	2006	2	
<ul style="list-style-type: none"> • KSL: Energiesparmassnahmen Lüftung 	2007		2.9
<ul style="list-style-type: none"> • PLL: Ausbau der ambulanten Psychiatrie 	2007	0.7	
<ul style="list-style-type: none"> • PLS: Erweiterung Psychiatrie 	2007	14	
<ul style="list-style-type: none"> • KSL: Liftersatz Spitalzentrum (Investitionskosten insgesamt 5,4 Mio. Franken) 	2008		3.5
<ul style="list-style-type: none"> • KSL: Sanierung Patientenzimmer (Investitionskosten insgesamt 13,3 Mio. Franken) 	2008		11.2
<ul style="list-style-type: none"> • KSL: Umnutzung und Sanierung Hirschpark (Investitionskosten insgesamt 15 Mio. Franken) 	2008		7.5
<ul style="list-style-type: none"> • Klinik St. Urban: Fassadensanierung Pfortengebäude (Investitionskosten insgesamt 2,4 Mio. Franken) 	2008		1.5
<ul style="list-style-type: none"> • KSW: Sanierung Patientenzimmer Spital Wolhusen (Investitionskosten insgesamt 6 Mio. Franken) 	2009		4
<ul style="list-style-type: none"> • KSL: Technische Erneuerungen Spitalareal (Investitionskosten insgesamt 9 Mio. Franken) 	2009		4.5
<ul style="list-style-type: none"> • KSL: Sanierung Haustechnik (Investitionskosten insgesamt 14 Mio. Franken) 	2009		6
<ul style="list-style-type: none"> • Erweiterung Kinderspital (Zeitpunkt, Trägerschaft und Finanzierung noch offen) 			

Gesetzesänderungen

- SRL Nr. 800: Totalrevision des Gesundheitsgesetzes (Neuformulierung der kantonalen Gesundheitspolitik unter Einbezug des Angebots der privaten Leistungsanbieter)

2005

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Aufwand	492.1	515.5	552.6	570.0	578.8	589.1	599.1	8.4
Ertrag	334.5	332.5	344.4	344.7	349.3	354.5	359.9	4.5
Aufwand-/Ertragsüberschuss	157.6	183.1	208.2	225.3	229.5	234.5	239.2	
40 Spitäler								
Aufwand	412.3	427.8	460.2	476.2	483.7	492.6	501.2	
Ertrag	296.3	292.9	302.0	301.7	305.7	310.4	315.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	116.0	134.8	158.2	174.5	178.0	182.3	186.2	
42 Psychiatrische Kliniken								
Aufwand	65.1	73.0	76.4	77.5	78.7	79.8	81.0	
Ertrag	34.4	36.7	39.3	39.9	40.5	41.1	41.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	30.7	36.3	37.1	37.6	38.2	38.8	39.3	
45 Krankheitsbekämpfung								
Aufwand	4.2	4.1	4.5	4.5	4.6	4.7	4.7	
Ertrag	2.5	1.6	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.7	2.4	2.7	2.8	2.8	2.9	2.9	
47 Lebensmittelkontrolle								
Aufwand	2.9	3.1	3.3	3.4	3.4	3.5	3.5	
Ertrag	0.7	0.7	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.2	2.4	2.6	2.6	2.6	2.7	2.7	
49 Übriges Gesundheitswesen								
Aufwand	7.5	7.6	8.2	8.3	8.4	8.5	8.6	
Ertrag	0.4	0.5	0.5	0.6	0.6	0.6	0.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	7.1	7.0	7.6	7.7	7.8	7.9	8.0	

(in Mio. Franken)

Investitionsrechnung	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Ausgaben	47.2	54.0	54.1	58.8	58.8	59.0	58.8	-0.3
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	47.2	54.0	54.1	58.8	58.8	59.0	58.8	
Staatsbeiträge	R2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	18.8	20.7	19.4	19.7	20.0	20.3	20.6	6.1
Ertrag	2.7	3.4	3.4	3.5	3.5	3.6	3.6	6.1
Aufwand-/Ertragsüberschuss	16.1	17.4	16.0	16.2	16.5	16.7	17.0	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-	-	-	-	-	-	-	

5. Soziale Wohlfahrt

Leistungserbringer

(In alphabetischer Reihenfolge)

Abteilung Gesundheitswesen und Soziales GSD, Arbeitsamt, Ausgleichskasse, Departementssekretariat FD (Staatsbeiträge), Koordinationsstelle für Ausländerfragen und Integrationspolitik WD, Landwirtschaftliche Kreditkasse, Liegenschaftsverwaltung, Sozialamt.

Generelle Entwicklung

- Die wirtschaftliche Sozialhilfe wird mit dem Inkrafttreten des neuen innerkantonalen Finanzausgleichs per 1. Januar 2003 mit Ausnahme der Sozialhilfe für Asylsuchende und Flüchtlinge kommunalisiert. Ebenso erhöhen sich die Beitragssätze der Gemeinden an die Sozialversicherungsbeiträge von 50 Prozent auf 72,5 Prozent.
- Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenreform zwischen Bund und Kantonen (NFA) wird ebenfalls Auswirkungen auf die soziale Wohlfahrt haben. Beispielsweise soll die Heimunterbringung vollständig kantonalisiert werden. Die konkreten Auswirkungen sind jedoch noch nicht bekannt, weshalb wir für den IFAP 2003-2007 von der geltenden Aufgabenteilung ausgegangen sind.
- Beim Heimwesen rechnen wir mit einer Zunahme der Ausgaben aufgrund von bereits beschlossenen Angebotserweiterungen in bestehenden Heimen und von neu anerkannten Institutionen.
- Sodann wird zur Zeit eine Planungsgrundlage für Kinder- und Jugendheime geschaffen. Diese Planungsgrundlage dient der Ermittlung des Bedarfs an künftigen Angeboten, der Steuerung der Angebote sowie dem gezielten Einsatz der Mittel. Sobald wir über die Planungsgrundlage verfügen, werden wir konkrete Massnahmen ableiten.
- Die Staatsbeiträge für Wohnbausanierungen im Berggebiet werden den Kanton ab 2006 stärker belasten, da die Finanzhilfen des Bundes gemäss Bundesgesetz über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten (SR 844) bis zum 31. Dezember 2005 befristet sind.

		Projektabschluss	Projekt-/Betriebskosten insgesamt 2004-2007 in Mio. Franken	Investitionskosten 2004-2007 in Mio. Franken
Beschlossene Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> Zunahme der Staatsbeiträge an Heime (Bruttomehrbelastung; Finanzierung durch Kanton und Gemeinden je 50 Prozent) 		8	
Geplante Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> Planungsgrundlage Kinder- und Jugendheime (finanzielle Auswirkungen noch ungewiss) 			
Gesetzesänderungen	Keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Aufwand	415.3	481.1	532.7	540.2	547.3	554.6	561.9	5.5
Ertrag ¹	287.1	338.3	447.5	453.1	458.9	464.7	470.6	5.2
Aufwand-/Ertragsüberschuss	128.2	142.8	85.2	87.1	88.5	89.9	91.3	
50 Altersversicherung								
Aufwand	38.2	40.1	40.3	40.9	41.6	42.2	42.8	
Ertrag	19.1	20.1	29.2	29.7	30.1	30.6	31.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	19.1	20.1	11.1	11.3	11.4	11.6	11.8	
51 Invalidenversicherung								
Aufwand	46.8	50.0	51.5	52.3	53.0	53.8	54.6	
Ertrag	23.4	25.0	37.3	37.9	38.5	39.0	39.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	23.4	25.0	14.2	14.4	14.6	14.8	15.0	
52 Krankenversicherung								
Aufwand	108.2	93.0	121.0	122.8	124.7	126.5	128.4	
Ertrag	106.4	81.3	113.2	114.9	116.6	118.3	120.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.9	11.7	7.8	7.9	8.1	8.2	8.3	

53 Sonstige Sozialversicherungen								
Aufwand	122.9	126.0	140.0	142.1	144.2	146.4	148.6	
Ertrag	79.9	81.9	113.0	114.7	116.5	118.2	120.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	43.0	44.1	27.0	27.4	27.8	28.2	28.6	
54 Jugendschutz								
Aufwand	2.6	3.0	3.4	3.6	3.7	3.9	4.1	
Ertrag	1.3	1.4	1.7	1.8	1.9	1.9	2.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.3	1.6	1.7	1.8	1.9	2.0	2.0	
55 Invalidität								
Aufwand	11.1	12.0	14.5	15.2	15.9	16.5	17.2	
Ertrag	5.5	6.0	7.2	7.6	7.9	8.2	8.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	5.6	6.0	7.3	7.6	8.0	8.3	8.6	
56 Sozialer Wohnungsbau								
Aufwand	5.2	4.5	3.5	4.0	4.0	4.0	4.0	
Ertrag	3.5	3.5	3.5	3.5	3.5	3.5	3.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss²	1.7	1.0	-0.0	0.5	0.5	0.5	0.5	
58 Wirtschaftliche Sozialhilfe								
Aufwand	80.1	152.0	158.0	159.0	159.9	160.8	161.8	
Ertrag	47.9	118.9	142.0	142.9	143.8	144.7	145.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	32.1	33.1	16.0	16.1	16.1	16.2	16.2	
59 Hilfsaktionen								
Aufwand	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	
Ertrag	0.1	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.1	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	
Investitionsrechnung	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Ausgaben	3.8	3.5	1.9	1.9	1.9	2.6	2.6	36.7
Einnahmen ³	64.3	40.9	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-60.5	-37.4	0.8	0.8	0.8	1.5	1.5	
Staatsbeiträge	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	382.1	391.5	422.8	430.2	437.2	444.3	451.5	6.8
Ertrag	237.5	218.0	304.5	309.4	314.3	319.3	324.3	6.5
Aufwand-/Ertragsüberschuss	144.6	173.5	118.3	120.9	123.0	125.1	127.2	

Investitionsrechnung								
Ausgaben	2.7	2.8	0.8	0.8	0.8	1.5	1.5	87.5
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	2.7	2.8	0.8	0.8	0.8	1.5	1.5	

¹ Der Ertragszuwachs von 2002 auf 2003 erklärt sich aus der höheren Beteiligung der Gemeinden an der **wirtschaftlichen Sozialhilfe** und an den **Sozialversicherungen**.

² Der Saldo im Jahr 2003 ist deshalb ausgeglichen, weil der **Kantonsanteil an der Wohnbauförderung** in diesem Jahr aus **Rückstellungen** finanziert wird.

³ Die Einnahmen im Bereich soziale Wohlfahrt bestehen vor allem aus der **Rückzahlung der Darlehen**, welche der Kanton Luzern Anfang der 90er-Jahre dem Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung gewähren musste. Die Rückzahlung ist voraussichtlich per Ende 2002 abgeschlossen.

6. Verkehr

Leistungserbringer

Verkehrs- und Tiefbauamt.

Generelle Entwicklung

- Mit der Realisierung der 1. Etappe der S-Bahn Zentralschweiz (Modul Luzern) wollen wir das Angebot im Bereich des öffentlichen Verkehrs nachhaltig verbessern. Die 1. Etappe wird bis spätestens 2007 abgeschlossen sein. Sie beinhaltet neun neue Haltestellen, moderne Nahverkehrszüge und die Verdichtung des Fahrplans auf einen 30-Minuten-Takt, wo dies machbar ist. Zudem werden wir die Angebote auf den Buszubringerlinien verbessern. Als erste Linie der S-Bahn-Zentralschweiz wird Ende 2002 die Seetalbahn starten.
- Bei den Kantonsstrassen werden wir Ihnen im Herbst dieses Jahres das neue Bauprogramm 2003 - 2006 vorlegen.
- Bei den Nationalstrassen steht der Ausbau der A 2/6 im Vordergrund.
- Die Strassenschuld beträgt derzeit 86 Millionen Franken. Mit der Erhöhung der LSVA ab 2005 wollen wir die Strassenschuld kontinuierlich abbauen.
- Voraussichtlich im Jahr 2007 tritt die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Kraft. Diese sieht vor, dass der Bund für den Bau und den Unterhalt der Nationalstrassen abschliessend zuständig ist, während für die Hauptstrassen mit Ausnahme von Grossprojekten die Kantone zuständig sind. Insgesamt wird die neue Aufgabenteilung im Bereich Nationalstrassen und Hauptstrassen kostenneutral sein. Der öffentliche Regionalverkehr soll eine Verbundaufgabe bleiben. Die Kantone sollen jedoch neu 50 Prozent der Kosten tragen. Da die NFA noch nicht von den eidgenössischen Räten beraten worden ist, haben wir den IFAP 2003-2007 auf der Basis der bisherigen Aufgabenteilung gerechnet.

		Projektabschluss	Projekt-/Betriebskosten insgesamt 2004-2007 in Mio. Franken	Investitionskosten 2004-2007 in Mio. Franken
Beschlossene Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> • Beiträge an Angebotsausbau für die S-Bahn-Zentralschweiz ab 2005 (brutto; Bundesanteil 64%; Gemeindeanteile 50% des Kantonsanteils) • Beiträge an Investitionen im Zusammenhang mit der S-Bahn-Zentralschweiz (Brutto. Die Beiträge des Bundes, der Gemeinden und Dritter betragen zusammen 65 %) • Anschluss Rothenburg (brutto*) • Lärmschutz Emmen (brutto*) • Instandsetzung Emmen (brutto*) • Anschluss Emmen-Nord (brutto*) • Anschluss Buchrain mit Zubringer Rontal (brutto*) • Auf die Angabe von Projekten im Bereich Kantonsstrassen verzichten wir, da Sie im Herbst dieses Jahres über das neue Bauprogramm befinden werden. 		33	40
Geplante Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau A 2/6 (brutto*) • Tunnel Rathausen: Verkehrsregelungsanlage (brutto*) • Lärmschutz Reussegg-Lochhof (brutto*) • Lärmschutz Sentibrücken (brutto*) • Lärmschutz Eich, Schenkon (brutto*) 			70 1.7 38 8.5 2.6
	* Anteil des Bundes am Nationalstrassenbau: 84 %			
Gesetzesänderungen	Keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Aufwand	90.2	93.7	96.5	97.7	110.1	111.2	112.3	16.3
Ertrag	125.9	130.8	133.9	136.7	153.4	155.4	156.9	17.1
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-35.7	-37.1	-37.4	-39.0	-43.3	-44.2	-44.6	
60 Nationalstrassen								
Aufwand	37.1	37.7	38.8	39.1	43.5	43.9	44.2	
Ertrag	64.8	66.6	68.1	69.5	76.1	77.1	77.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-27.7	-28.9	-29.4	-30.3	-32.6	-33.2	-33.7	
61 Kantonsstrassen								
Aufwand	24.0	24.5	25.1	25.4	28.2	28.5	28.7	
Ertrag	41.9	43.1	44.1	44.9	49.2	49.9	50.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-17.9	-18.6	-19.0	-19.6	-21.0	-21.5	-21.8	
62 Gemeindestrassen								
Aufwand	7.0	8.6	8.7	8.9	9.7	9.9	10.1	
Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	7.0	8.6	8.7	8.9	9.7	9.9	10.1	
65 Regionalverkehr								
Aufwand	22.1	22.9	23.9	24.3	28.6	28.9	29.3	
Ertrag	19.2	21.1	21.7	22.3	28.1	28.4	28.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.8	1.7	2.3	2.0	0.5	0.5	0.8	
Investitionsrechnung	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Ausgaben ¹	148.6	149.7	156.2	165.9	151.4	133.9	126.5	-19.0
Einnahmen	138.5	141.4	147.9	157.6	148.1	135.5	128.2	-13.3
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	10.1	8.3	8.3	8.3	-3.3	-1.7	-1.7	
Staatsbeiträge	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	31.7	35.6	38.6	39.3	51.5	52.1	52.7	36.5
Ertrag	35.9	36.1	39.3	40.3	50.1	50.6	51.1	30.1
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-4.2	-0.4	-0.7	-1.0	1.5	1.6	1.6	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	2.8	4.7	9.8	10.0	10.0	10.0	10.0	2.4
Einnahmen	93.1	92.5	98.1	106.1	91.0	77.0	68.5	-30.1
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-90.3	-87.8	-88.3	-96.1	-81.0	-67.0	-58.5	

¹ Die Investitionsausgaben für den **Neu- und Ausbau von Nationalstrassen** sind in der Planperiode stark rückläufig. Ebenso die Ausgaben für die **Sanierung der Seetalbahn**. Neu fallen Investitionen für die **S-Bahn Zentralschweiz** an. Die Ausgaben für den **baulichen Unterhalt der Nationalstrassen** sowie für den **Neu- und Ausbau von Kantonsstrassen** nehmen zu.

7. Umwelt und Raumordnung

Leistungserbringer

(In alphabetischer Reihenfolge)

Amt für Natur- und Landschaftsschutz, Amt für Umweltschutz, Departementssekretariat WD (Investitionshilfe für Berggebiete), Fachstelle für Wirtschaftsförderung, GIS-Koordinationsstelle, Raumplanungsamt, Verkehrs- und Tiefbauamt.

Generelle Entwicklung

- Beim Umweltschutz bleiben die Schwerpunktaufgaben die Umsetzung des Massnahmenplans Luft und der Gewässerschutz.
- Beim Gewässerschutz ist das Grossprojekt Laui Sörenberg zu nennen, welches den Schutz der Ferienhaussiedlung Laui Sörenberg vor Murgängen bezweckt.
- Sodann hat der Kanton weiterhin seinen bereits eingegangenen Verpflichtungen für Abfallentsorgungs- und Gewässerschutzanlagen der Gemeinden nachzukommen (Subventionsbereinigung).
- In der Raumordnung hat der Bund eine neue Agglomerationspolitik formuliert. Unter anderem will er auf eine verbesserte Koordination zwischen Siedlung und Verkehr hinwirken und dazu sein finanzielles Engagement im Agglomerationsverkehr verstärken. Zur Umsetzung dieser Politik wurde ein neues Planungsinstrument geschaffen, das Agglomerationsprogramm. Wir werden uns an diesem Projekt beteiligen und die Interessen der Agglomeration Luzern gezielt wahrnehmen.
- Für die Jahre 2006 bis 2008 ist die Überprüfung des kantonalen Richtplans geplant.
- Im Rahmen des Teilprojekts Aufgabenreform (Gemeindeprojekt 2000+) werden wir neue Planungsmodelle entwickeln und die Gemeinden bei ihrer überkommunalen Zusammenarbeit unterstützen.
- Die Region Entlebuch wurde nach dreijähriger Aufbauphase im September 2001 von der UNESCO als Biosphärenreservat anerkannt. Nun folgt der eigentliche Betrieb des Biosphärenreservats mit zahlreichen Aktivitäten. Gleichzeitig müssen der UNESCO und dem Bund verschiedene Detailkonzepte eingereicht werden. Wir wollen daher den Regionalplanungsverband Biosphärenreservat Entlebuch in den Jahren 2003 bis 2005 mit einem Staatsbeitrag von jährlich 250'000 Franken unterstützen (B131 vom 18. Juni 2002).

		Projektabschluss	Projekt-/Betriebskosten insgesamt 2004-2007 in Mio. Franken	Investitionskosten 2004-2007 in Mio. Franken
Beschlossene Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> Kantonsbeiträge an Gemeinden im Bereich Abfall- und Abwasseranlagen (Subventionsbereinigung) 			13
Geplante Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> Integralprojekt Laui-Sörenberg: Schutz des Ferienhausgebiets Laui Sörenberg vor Murgängen (Bruttoinvestitionen) <ul style="list-style-type: none"> - Anteil Wasserbau: 70% <ul style="list-style-type: none"> Bund 40% Kanton 30% Gemeinden 30% - Anteil Forst: 30% <ul style="list-style-type: none"> Bund 65% Kanton 15% Gemeinden 20% Gesamthafte Überprüfung des kantonalen Richtplans 2006-2008 	2007		18
		2008		0.8
Gesetzesänderungen	Keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Aufwand	25.8	25.6	26.4	26.7	27.4	27.8	28.2	7.0
Ertrag	9.3	9.6	10.5	10.7	11.3	11.5	11.6	10.4
Aufwand-/Ertragsüberschuss	16.4	16.0	15.8	16.0	16.1	16.3	16.6	
71 Abwasserbeseitigung								
Aufwand	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	
Ertrag	0.1	0.1	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.1	-0.0	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	

75 Gewässerverbauungen								
Aufwand	1.8	1.9	2.0	2.0	2.4	2.4	2.4	
Ertrag	1.6	1.8	1.8	1.9	2.3	2.4	2.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.2	0.1	0.2	0.1	0.1	0.0	0.0	
77 Naturschutz								
Aufwand	6.6	6.4	6.8	6.9	7.0	7.1	7.2	
Ertrag	3.7	3.6	3.9	4.0	4.1	4.1	4.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.0	2.8	2.9	2.9	2.9	3.0	3.0	
78 Übriger Umweltschutz								
Aufwand	11.8	12.0	12.0	12.1	12.3	12.5	12.6	
Ertrag	2.3	2.6	2.7	2.7	2.8	2.8	2.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	9.5	9.4	9.3	9.4	9.5	9.7	9.8	
79 Raumordnung								
Aufwand	5.4	5.2	5.5	5.6	5.7	5.7	5.8	
Ertrag	1.7	1.5	1.8	1.8	1.9	1.9	1.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.7	3.7	3.7	3.7	3.8	3.8	3.9	
Investitionsrechnung	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Ausgaben ¹	21.1	30.7	32.0	31.5	32.2	31.1	31.4	-2.0
Einnahmen	18.3	18.5	19.9	18.1	19.9	19.9	20.0	0.7
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	2.7	12.1	12.2	13.4	12.4	11.3	11.4	
Staatsbeiträge	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	5.7	5.6	5.9	6.0	6.1	6.2	6.3	6.1
Ertrag	0.8	0.8	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	6.0
Aufwand-/Ertragsüberschuss	4.9	4.8	5.2	5.3	5.4	5.5	5.5	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben ¹	3.1	7.5	7.0	7.0	5.0	4.0	4.0	-42.9
Einnahmen	4.0	5.7	5.8	6.9	8.6	8.6	8.8	51.4
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-1.0	1.8	1.2	0.1	-3.6	-4.6	-4.8	

¹ Der Ausgabenzuwachs zwischen 2001 und 2002 liegt in der **Subventionsbereinigung** der Gewässerschutzanlagen mit den Gemeinden.

8. Volkswirtschaft

Leistungserbringer

(In alphabetischer Reihenfolge)

Amt für das Gastgewerbe, Amt für Industrie, Gewerbe und Handel, Departementssekretariat WD (Gebirgshilfefonds, Staatsbeiträge), Fachstelle für Wirtschaftsförderung, Fachstelle für Energiefragen, Fischerei- und Jagdverwaltung, Forstamt, Landwirtschaftsamt, Landwirtschaftliche Kreditkasse.

Generelle Entwicklung

- In der Landwirtschaft ist die Agrarpolitik des Bundes massgebend. Diese wird zurzeit weiterentwickelt (Agrarpolitik 2007). Über die konkreten Auswirkungen auf den Kanton Luzern lassen sich zurzeit noch keine Aussagen machen.
- Die Landwirtschaft soll gemäss der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) in die abschliessende Zuständigkeit des Bundes fallen. Da die Vorlage noch nicht von den eidgenössischen Räten behandelt worden ist, haben wir den IFAP 2003-2007 auf der Basis der geltenden Aufgabenteilung gerechnet.
- Bereits heute besteht ein Grossteil der Ausgaben in der Landwirtschaft aus den Direktzahlungen des Bundes. Diese hat der Bundesrat im April dieses Jahres um 63 Millionen Franken aufgestockt. Wir rechnen für den Kanton Luzern mit einer Erhöhung um rund 10 Millionen Franken pro Jahr.
- Die Basis für die Auszahlung von Direktzahlungen ist das Bewirtschaftungsverzeichnis. Dieses werden wir in den Jahren 2003 und 2004 nachführen.
- Der von Ihnen mit Dekret vom 25. November 1991 bewilligte Kredit zur Äufnung des Kantonalen Agrarfonds wird im Jahr 2003 ausgeschöpft sein. Die entsprechenden Zahlungen entfallen daher ab dem Jahr 2004.
- Die von Ihnen mit Dekret vom 8. Mai 2000 gesprochenen Sonderkredite zur Bewältigung der Auswirkungen des Orkans Lothar laufen Ende 2003 aus. Dies führt zu einer Entlastung der Laufenden Rechnung um jährlich zwei Millionen Franken ab dem Jahr 2004.
- Am 1. Februar 2002 ist das neue Wirtschaftsförderungsgesetz in Kraft getreten. Mit der gesetzlichen Verankerung der kantonalen Wirtschaftsförderung haben wir ein wichtiges Ziel des Regierungsprogramms 1999-2003 umgesetzt.

		Projektabschluss	Projekt-/Betriebskosten insgesamt 2004-2007 in Mio. Franken	Investitionskosten 2004-2007 in Mio. Franken
Beschlossene Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> Nachführung Bewirtschaftungsverzeichnis als Basis für die Direktzahlungen (Projektkosten 2003 und 2004 insgesamt 1,37 Mio. Franken) 	2004	0.47	
Geplante Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> Gewährung von zinsfreien Darlehen zur Umschuldung von Landwirtschaftsbetrieben gestützt auf das Bundesgesetz über die Landwirtschaft (SR 910) (neue kantonale Mittel ab 2004) 	2010	3.4	
Gesetzesänderungen	Keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Aufwand	226.3	217.2	233.6	240.2	240.3	240.8	241.4	3.4
Ertrag	226.3	196.0	206.5	213.7	213.9	214.2	214.5	3.8
Aufwand-/Ertragsüberschuss	20.3	21.2	27.0	26.5	26.3	26.7	27.0	
80 Landwirtschaft								
Aufwand	202.5	193.4	208.9	220.0	219.8	220.1	220.4	
Ertrag ¹	187.6	178.6	192.3	202.4	202.6	202.7	202.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	15.0	14.8	16.6	17.6	17.3	17.4	17.6	
81 Forstwirtschaft								
Aufwand	17.8	16.7	17.3	12.7	12.8	13.0	13.2	
Ertrag	11.2	8.9	9.5	6.5	6.6	6.7	6.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	6.6	7.8	7.8	6.1	6.2	6.3	6.4	

82 Jagd und Fischerei								
Aufwand	0.9	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	
Ertrag	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.1	-0.0	-0.0	-0.0	-	0.0	0.0	
83 Tourismus								
Aufwand	1.3	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4	1.5	
Ertrag	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.8	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9	
84 Industrie, Gewerbe und Handel								
Aufwand	2.3	2.9	3.0	3.0	3.1	3.1	3.2	
Ertrag ²	5.4	6.2	2.4	2.4	2.4	2.5	2.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-3.1	-3.3	0.6	0.6	0.6	0.7	0.7	
86 Energie								
Aufwand	1.5	1.9	2.1	2.1	2.1	2.2	2.2	
Ertrag	0.0	0.4	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.5	1.5	1.6	1.6	1.6	1.6	1.7	
87 Sonstige gewerbliche Betriebe								
Aufwand	-	-	-	-	-	-	-	
Ertrag	0.3	0.5	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.3	-0.5	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	
Investitionsrechnung	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Ausgaben	15.1	15.1	14.8	13.6	13.6	13.6	13.6	-8.0
Einnahmen	11.3	10.3	10.9	11.0	11.1	11.2	11.2	2.7
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	3.8	4.8	3.8	2.6	2.5	2.4	2.4	
Staatsbeiträge	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	15.4	16.2	17.2	16.0	16.3	16.5	16.7	-2.6
Ertrag	4.5	4.9	4.5	4.4	4.5	4.5	4.6	2.6
Aufwand-/Ertragsüberschuss	10.9	11.4	12.7	11.6	11.8	12.0	12.1	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	6.7	7.6	7.7	7.7	7.7	7.7	7.7	0.0
Einnahmen	0.0	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	6.7	7.1	7.2	7.2	7.2	7.2	7.2	

¹ Die Ertragsschwankungen in den Jahren 2001, 2002 und 2003 ergeben sich daraus, dass die **Direktzahlungen des Bundes** für das Jahr 2002 wesentlich tiefer budgetiert wurden.

² Der Rückgang der Erträge im Jahr 2003 erklärt sich aus dem **Wegfall der Automatensteuer** der Casinos in Luzern und Weggis.

9. Finanzen und Steuern

Leistungserbringer (In alphabetischer Reihenfolge)	Amt für Finanzdienstleistungen, Amt für Gemeinden, Liegenschaftsverwaltung, Steuerverwaltung.
Generelle Entwicklung	<ul style="list-style-type: none">• Per 1. Januar 2003 tritt der neue innerkantonale Finanzausgleich in Kraft. Die Hauptziele des neuen Modells sind der Ausgleich der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden, die Stärkung der finanziellen Autonomie der Gemeinden sowie die Verringerung der Unterschiede bei der Steuerbelastung innerhalb des Kantons. Die Mehrbelastung des Kantons zugunsten der Gemeinden beträgt in den nächsten sechs Jahren rund 37 Millionen Franken pro Jahr.• Voraussichtlich auf das Jahr 2007 tritt die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Kraft. Die NFA bringt dem Kanton Luzern Mehreinnahmen von schätzungsweise 60 bis 80 Millionen Franken pro Jahr. Wir haben dafür im Jahr 2007 70 Millionen Franken eingestellt. Diese Mittel wollen wir für die Senkung der Steuern sowie für den Schuldenabbau verwenden. Wir haben daher im Jahr 2007 50 Millionen Franken für steuerliche Entlastungen eingeplant.• Sodann haben wir zufolge der geplanten Reform bei der Familienbesteuerung Ertragsausfälle von je 20 Millionen Franken pro Jahr bei den direkten Bundessteuern ab 2005 und bei den Staatssteuern ab 2006 eingerechnet (vgl. aber Kapitel III.1).• Die ebenfalls vom Bund geplante Reform der Unternehmensbesteuerung sowie der Systemwechsel beim Eigenmietwert sind vom Zeitpunkt und vom Ausmass her noch zu unbestimmt, weshalb wir sie nicht berücksichtigt haben. Je nach Ausgestaltung können diese Neuregelungen jedoch erhebliche Ertragsausfälle zur Folge haben.• Massive Ertragsausfälle zur Folge hätte die Annahme der Initiative "Weniger Steuern für Sie! ...", über welche das Volk voraussichtlich im November 2002 abstimmen wird.• Im Weiteren gehen wir davon aus, dass die Anteile an den Bundeseinnahmen ab 2004 um 12 Millionen Franken pro Jahr höher ausfallen werden. Dies aufgrund der Neuberechnung des Finanzkraftindex im Herbst 2003.• Sobald die Börse sich erholt hat, werden wir nochmals eine Tranche von 10 Prozent unserer Aktien der Luzerner Kantonalbank verkaufen. Den Buchgewinn von schätzungsweise 100 Millionen Franken werden wir für den Schuldenabbau verwenden.

		Projektabschluss	Projekt-/Betriebskosten insgesamt 2004-2007 in Mio. Franken	Investitionskosten 2004-2007 in Mio. Franken
Beschlossene Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> • Neuer innerkantonaler Finanzausgleich ab 2003 • Neuschätzung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke gemäss § 8 Schätzungsgesetz (SRL Nr. 626) (Zusätzlicher Personalaufwand in den Jahren 2004 bis 2007) 	2007	150 4.1	
Geplante Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> • Steuerliche Entlastung mit Realisierung der NFA im Jahr 2007 		50	
Gesetzesänderungen	<ul style="list-style-type: none"> • SRL Nr.620: Teilrevision Steuergesetz (Nachvollzug der Steuerreform des Bundes) (Ertragsausfall bei den Staatssteuern zufolge der Reform der Familienbesteuerung ab 2006) 	2005	40	

(in. Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Aufwand	367.7	314.6	373.5	380.9	388.9	402.1	406.6	8.9
Ertrag	1'380.5	1'323.7	1'407.1	1'470.6	1'487.9	1'508.9	1'562.0	11.0
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-1'012.7	-1'009.1	-1'033.6	-1'089.6	-1'099.0	-1'106.9	-1'155.4	
90 Steuern								
Aufwand	14.3	12.5	13.5	13.5	13.5	13.5	13.5	
Ertrag	1'036.2	1'007.0	1'011.5	1'044.6	1'078.1	1'092.8	1'070.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-1'021.9	-994.5	-998.0	-1'031.1	-1'064.6	-1'079.2	-1'056.9	
92 Finanzausgleich								
Aufwand	71.3	73.1	169.2	171.3	173.5	175.6	177.8	
Ertrag	-	-	35.9	36.3	36.7	37.1	37.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss¹	71.3	73.1	133.3	135.0	136.8	138.6	140.4	

93 Einnahmeanteile								
Aufwand	0.8	0.6	0.7	0.8	0.8	0.8	0.8	
Ertrag ²	164.9	203.1	207.3	237.3	220.7	226.7	301.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-164.1	-202.5	-206.5	-236.5	-219.9	-225.9	-300.9	
94 Vermögens- u. Schuldenverwaltung³								
Aufwand	97.9	93.8	86.9	88.4	90.0	91.8	94.5	
Ertrag	175.8	111.3	151.3	151.3	151.3	151.3	151.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-78.0	-17.5	-64.4	-62.9	-61.3	-59.5	-56.8	
99 Nicht aufgeteilte Posten								
Aufwand ⁴	183.5	134.6	103.2	107.0	111.2	120.4	120.0	
Ertrag	3.6	2.4	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	179.9	132.3	102.0	105.8	110.1	119.2	118.9	
Investitionsrechnung	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	0.0
Einnahmen ⁵	180.7	132.3	102.4	106.2	110.5	119.7	119.3	16.5
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-180.7	-132.3	-102.4	-106.2	-110.5	-119.7	-119.3	
Staatsbeiträge	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	71.7	73.5	159.0	161.1	163.2	165.4	167.6	5.4
Ertrag	-	0.0	25.4	25.7	26.1	26.5	26.9	6.1
Aufwand-/Ertragsüberschuss	71.7	73.5	133.7	135.4	137.1	138.9	140.7	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-	-	-	-	-	-	-	

¹ Der Mehraufwand erklärt sich aus dem Inkrafttreten des **neuen Finanzausgleichs** mit den Gemeinden. Der Mehraufwand wird teilweise durch die Aufgabenreform kompensiert. Die Nettomehrbelastung für den Kanton beträgt in den nächsten sechs Jahren rund 37 Millionen Franken pro Jahr.

² Bei dieser Position handelt es sich um die **Kantonsanteile an den Bundeseinnahmen**. Deren Höhe richtet sich teilweise nach der Finanzkraft, welche alle zwei Jahre vom Bund neu festgelegt wird.

³ Hierunter fallen insbesondere die **Aktiv- und Passivzinsen** sowie der Aufwand und Ertrag der **Liegenschaften des Finanzvermögens**. Der hohe Ertrag im Jahr 2001 erklärt sich aus dem **Buchgewinn** aus dem Verkauf von Aktien der Luzerner Kantonalbank.

⁴ Hierunter fallen namentlich die **Abschreibungen**. Die Abschreibungen im Jahr 2001 sind deshalb ungewöhnlich hoch, weil zusätzlich der **Buchgewinn** aus dem Verkauf von Aktien der Luzerner Kantonalbank abgeschrieben wurde. Im Voranschlag 2002 wurden **Sonderabschreibungen** von rund 32 Millionen Franken eingestellt.

⁵ Die Einnahmen im Bereich Finanzen und Steuern bestehen mehrheitlich aus der **Übernahme der Abschreibungen** aus der Laufenden Rechnung. Die Abschreibungen dienen der Finanzierung der Nettoinvestitionen.

VII. Strassenwesen

(in Mio. Franken)

	R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007
Strassenausgaben	178.6	177.6	179.2	188.8	174.4	157.0	149.7
Beiträge Bund / Dritte	92.3	91.3	91.8	99.6	84.5	70.5	62.0
Finanzierungsquellen	77.9	81.3	82.4	84.2	89.9	91.4	92.6
Saldo Strassenrechnung	8.3	5.0	5.0	5.0	0.0	-5.0	-5.0
Strassenschuld	86.1	91.1	96.1	101.1	101.1	96.1	91.1

Die Investitionsausgaben für den Neu- und Ausbau von Nationalstrassen sind in der Planperiode stark rückläufig. Ebenso die Ausgaben für die Sanierung der Seetalbahn. Neu fallen Investitionen für die S-Bahn Zentralschweiz an. Die Ausgaben für den baulichen Unterhalt der Nationalstrassen sowie für den Neu- und Ausbau von Kantonsstrassen nehmen zu.

Im Nationalstrassenbau sind für die Jahre 2004 bis 2007 folgende grösseren Projekte vorgesehen:

- Ausbau A 2/6 70 Mio. Franken
- Anschluss Rothenburg 22 Mio. Franken
- Lärmschutz Emmen 44 Mio. Franken
- Instandsetzung Emmen 72 Mio. Franken
- Anschluss Emmen-Nord 4,5 Mio. Franken
- Lärmschutz Reussegg-Lochhof 38 Mio. Franken
- Lärmschutz Sentibrücken 8,5 Mio. Franken
- Tunnel Rathausen: Verkehrsregelungsanlage 1,7 Mio. Franken
- Anschluss Buchrain mit Zubringer Rontal 6,5 Mio. Franken
- Lärmschutz Eich, Schenkön 2,6 Mio. Franken

Auf die Angabe von Projekten bei den Kantonsstrassen verzichten wir, da Sie im Herbst dieses Jahres über das neue Bauprogramm befinden werden.

VIII. Investitionen kantonale Hochbauten

Wir haben im Bereich kantonale Hochbauten folgende Globalbudgets vorgesehen (in Franken):

R 2001	B 2002	B 2003	2004	2005	2006	2007
73 Mio.	76 Mio.	76 Mio.	82 Mio.	82 Mio.	82 Mio.	82 Mio.

Angaben zu den beschlossenen und den geplanten Projekten finden Sie im Kapitel VI 'Aufgaben und Finanzen' unter der jeweiligen Hauptaufgabe. Im Zahlenteil der einzelnen Hauptaufgaben haben wir keine konkreten Hochbauprojekte eingerechnet. Vielmehr haben wir das Globalbudget von 82 Millionen Franken nach einem Verteilschlüssel, der auf Erfahrungswerten beruht, auf die einzelnen Hauptaufgaben verteilt.

Die Investitionskosten der beschlossenen Projekte können in den einzelnen IFAP-Jahren das vorgesehene Globalbudget übersteigen. Um die Vorgaben zu erreichen, werden wir im Rahmen der Budgetvorbereitungen Prioritäten setzen und einzelne Projekte zurückstellen.

Grossratsbeschluss

über den Integrierten Finanz- und Aufgabenplan 2003 - 2007

vom 28. Oktober 2002

Der Grosse Rat des Kantons Luzern,

nach Einsicht in den Bericht des Regierungsrates vom 27. August 2002,

beschliesst:

1. Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan (IFAP) 2003 - 2007 vom 27. August 2002 wird mit Ausnahme der Steigerung des Personalaufwandes, der Entwicklung der Gesamtverschuldung und des Selbstfinanzierungsgrades teilweise genehmigt.
2. Der Grosse Rat erteilt dem Regierungsrat den Auftrag, mit dem Voranschlag 2004 einen IFAP vorzulegen, der leitbildkonform ist. Darin sind insbesondere folgende Prämissen einzuhalten:
 - Selbstfinanzierungsgrad über die ganze Planungsperiode von durchschnittlich 100 Prozent,
 - Annäherung der Steuerbelastung der natürlichen Personen an den Durchschnitt der übrigen Kantone,
 - Abbau der Verschuldung bis Ende 2007 auf 750 Millionen Franken.
3. Der Grossratsbeschluss ist zu veröffentlichen.

Luzern, 28. Oktober 2002

Im Namen des Grossen Rates

Die Präsidentin: Yvonne Schärli-Gerig

Der Staatsschreiber: Viktor Baumeler